



Rheinische
Friedrich-Wilhelms-
Universität Bonn

Zentrum für Europäische
Integrationsforschung

Jahresbericht 2016

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Genscherallee 3
53113 Bonn
Telefon: (0228) 73-1810; 73-1891
E-Mail: imaldona@uni-bonn.de; sekretariat.zeia@uni-bonn.de
Web: www.zei.de

Bonn, im April 2017

Inhalt

Vorwort

Wissenschaftliche Orientierung des ZEI 4

ZEI Strukturen 5
Website, Bibliothek, Datenbank, Newsletter

Forschung 7

Regieren und Regulieren in der Europäischen Union
Die Zukunft der Europäischen Union 8
Regulierung und Wettbewerbsrecht 15
Die Gestaltung der Globalität in Europa 20

Vergleichende regionale Integration
Regionale Integration weltweit 22
Forschungskooperation ZEI – West Africa Institute (WAI) 23
Euro-Mediterrane Partnerschaft 29

Lehre
Master of European Studies (MES) 30
Universitäre Studiengänge 31

Publikationen 33

Veranstaltungen 39

Vorträge, Interviews, Feldforschung 40
Konferenzteilnahmen

Mitarbeiter und Fellows 48

Kooperationspartner 52

Vorwort

Im Jahr 2016 wurde die Europäische Union mit den Ergebnissen einer Volksabstimmung in Großbritannien konfrontiert, die das weit verbreitete Empfinden von Europaskepsis zu einer neuen Dimension brachte: Erstmals votierte die Mehrheit der Bevölkerung eines Mitgliedslandes der EU für den Austritt. Der Brexit wird nicht nur in Großbritannien für tiefgreifende konstitutionelle, ökonomische und kulturelle Folgen sorgen. Er zwingt die EU mehr denn je zu einer tiefgreifenden Analyse über ihre Stärken und Schwächen. Die politischen Akteure der EU erscheinen vor allem deshalb so häufig als paralysiert, weil sie mehr als nötig, gelegentlich fast nur noch in Kategorien der Schadensbegrenzung manövrieren. Die großen weltpolitischen Unsicherheiten, die 2016 eher zunahmen, haben die Europäische Union erst recht daran erinnert, dass sie nur dann Relevanz und Zukunft hat, wenn Rechtsregeln, die man sich selber gegeben hat, im Innern der EU von allen Beteiligten wieder eingehalten werden. Nur dann gewinnt die EU wieder Glaubwürdigkeit – in den Augen vieler Unionsbürgerinnen und Unionsbürger ebenso wie in den Augen der Welt um Europa herum.

2016 konzentrierte das ZEI sich darauf, die Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit – Regieren und Regulieren in der Europäischen Union – noch stärker mit der Lehre und den outreach-Aktivitäten des ZEI zu verknüpfen. Das monitoring der Arbeitsprozesse der europäischen Institutionen bildet eine immer stärker beachtete und nützliche Scharnierstelle, um den Mehrwert des ganz spezifischen Profil des ZEI zu verdeutlichen: Grundlagenforschung der ZEI Wissenschaftler, aktuelle Analysen der Vorgänge in der EU und dabei die konsequente Einbeziehung von ZEI Master Fellows und ZEI Alumni zeigen die enorme Erfahrung und das breit aufgestellte Potential des ZEI. Mit Alumni in unterdessen 121 Ländern der Erde ist das Zentrum für Europäische Integrationsforschung ohne jeden Zweifel ein weltweiter Akteur im Netzwerk europawissenschaftlicher Tätigkeiten. Ein runderneuerter Internet-Auftritt des ZEI soll die gute Fortführung dieser Situation erleichtern.

Die Vielfalt der Aufgaben, von denen dieser Bericht Zeugnis ablegt, wäre nicht zu bewerkstelligen gewesen ohne den Einsatz einer jeden Mitarbeiterin und eines jeden Mitarbeiters des ZEI. Der Teamgeist am ZEI hat wieder zu einem gemeinsam erfolgreichen Jahr geführt. Die Arbeit des Zentrums für Europäische Integrationsforschung wird getragen vom Vertrauen des Rektorats der Universität Bonn, für die wir dankbar sind und die uns tagein, tagaus ermutigt.

Bonn, den 20. April 2017



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt



Prof. Dr. Christian Koenig

Wissenschaftliche Orientierung des ZEI

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) leistet zukunftsorientierte Forschung zu unbewältigten Fragen der europäischen Integration und zur Rolle Europas in der Welt. Die Forschungen – vorwiegend in politik- und in rechtswissenschaftlicher Perspektive – sind anwendungsorientiert und mit innovativen Wissenstransfers verbunden.

Derzeit orientiert das ZEI seine Forschungsarbeit an zwei Fragestellungen:

- Regieren und Regulieren in der Europäischen Union
- Vergleichende regionale Integration

Am ZEI können postgraduierte Studenten in internationaler Atmosphäre einen weiterbildenden englischsprachigen Master in European Studies mit Schwerpunkt in den Bereichen des Regierens und des Regulierens erwerben. Eine internationale Fakultät garantiert höchsten akademischen Standard sowie vielfältige Methoden und Sichtweisen auf Politik, Recht und Wirtschaft. Experten aus der Praxis und Exkursionen zu den Entscheidungszentren der europäischen Politik helfen mit, einen exzellenten Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Das ZEI besteht seit 1995. Seinem Gründungsauftrag liegen das Bonn-Berlin-Gesetz und ein Beschluss des Senats der Universität Bonn zugrunde.

ZEI Strukturen

Website

Die Website des ZEI (www.zei.de) bietet ausführliche Informationen über das Institut, Mitarbeiter, Forschungsvorhaben, Ausbildungsgänge und Veranstaltungen des ZEI sowie Volltexte und Abstracts von Publikationen, die von interessierten Besuchern heruntergeladen werden können. Besonders gefragt sind hierbei die mehrfach im Jahr erscheinenden ZEI Discussion Paper, der „Future of Europe Observer“ (FEO) und die „ZEI Insights“, die Kommentare und kritische Analysen zu Entwicklungen des Regierens und Regulierens der europäischen Institutionen bieten. Die ZEI Website benutzt Piwik, eine Open-Source-Software, zur statistischen Auswertung der monatlichen Besucherzugriffe. Mithilfe dieser Webstatistiken ist es möglich, die Akzeptanz und die Interessen der Seitenbesucher zu analysieren. Die Durchschnittswerte für das Jahr 2016 ergeben folgendes Bild: weltweit über 40.000 Besucher mit rund 125 000 Aktionen haben sich auf der Website des ZEI informiert. Neben den deutschen Besuchern wurde die Website im europäischen Vergleich am häufigsten von Interessenten aus Großbritannien, Frankreich, der Russischen Föderation, Italien, Spanien und der Türkei besucht. Im weltweiten Vergleich sind die USA das Land mit den höchsten Besucherzahlen, daneben vor allem China, Brasilien, Taiwan, Süd-Korea und Japan. Zu den meist aufgerufenen Seiten gehörten neben den Informationsseiten zum ZEI vor allem die Seiten mit Informationen zu dem „Master of European Studies“ Programm des ZEI. Gut besucht waren über das ganze Jahr hinweg ebenfalls die Seiten „Forschung“ und „Publikationen“.

Bibliothek

In der Bibliothek des Hauses stehen dem interessierten Nutzer ca. 33.000 wissenschaftliche Bücher zur Verfügung, wovon ein großer Anteil rein dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung zugerechnet werden kann, das heißt, von diesem gekauft wurden oder als Geschenk den Eingang in die Bibliothek fanden. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bücher wurde von Mitarbeitern oder Gästen des ZEI geschrieben. Daneben gibt es mehr als 7.000 Zeitschriftenbände, die für Forschung und Lehre gleichermaßen genutzt werden können. Die Bibliothek des ZEI ist als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen. Das EDZ umfasst Dokumente, die die Europäische Kommission seit 1986 herausgegeben hat. Es gibt eine Vielzahl von Publikationen der OSZE, des Europarates, des EU-Parlaments, des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank. Alle Bücher und Zeitschriften sind über den Hauptkatalog der Universitätsbibliothek unter www.ulb.uni-bonn.de recherchierbar.

Datenbank und Newsletter

Der mehrmals im Jahr erscheinende ZEI Newsletter wird regelmäßig weltweit an rund 7000 wissenschaftliche und politische Institutionen, die in der ZEI Datenbank gespeichert sind, versandt.

Der Newsletter bietet eine up-to-date Information zu allen aktuellen Aktivitäten, Ausschreibungen und Publikationen des ZEI, sowohl in den Forschungsbereichen „Regieren und Regulieren in der Europäischen Union“ und „Vergleichende regionale Integration“ als auch zu dem „Master of European Studies – Governance and Regulation“ Programm.

Social Media

Das ZEI ist mit deutlicher Zunahme des Interesses in diversen sozialen Medien präsent, so vor allem auf Facebook und Twitter, Academia und Researchgate. Darüber hinaus existiert eine LinkedIn-Seite der ZEI Alumni, die einen gewichtigen Beitrag leistet, um das weltweite Alumni-Netzwerk des ZEI zu repräsentieren und zu verbinden. Bis Ende 2016 verfügt das ZEI über Alumni aus bzw. in 121 Staaten der Erde.

Forschung

Regieren und Regulieren in der EU

Die Forschungen des ZEI zum Thema „Regieren und Regulieren in der Europäischen Union“ beschäftigen sich mit der Transformation des Regierungssystems der EU und den daraus erwachsenden regulatorischen Zwängen. Der Transformationsprozess der Union umfasst vertragliche Erweiterungen sowie institutionelle Anpassungen, die seit Jahren am ZEI detailliert analysiert werden. Darüber hinaus werden die Wirkungszusammenhänge zwischen einem wachsenden Souveränitätstransfer auf die EU-Ebene und einer zunehmenden Rückwirkung europäischer Politik auf die Mitgliedsstaaten, unter Einschluss von nationalen Widerständen bis hin zu anti-europäischen Tendenzen, untersucht. Aus der Komplexität der Sachverhalte im Kontext des Regierens auf europäischer Ebene ergeben sich vielfältige regulatorische Aufgaben, die die rechtlichen Rahmenbedingungen der EU mit Leben erfüllen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche des Wettbewerbsrechts und der Netzwirtschaften, die im Fokus von Forschungen des ZEI zu Regulierungsfragen stehen. Das Thema Regieren und Regulieren in der Europäischen Union umfasst im Berichtszeitraum neben Grundsatzforschungen am ZEI ein regelmäßiges Monitoring der Arbeitsfortschritte der EU-Institutionen sowie dazu begleitende Publikationen.

Vergleichende regionale Integration

Die Forschungen des ZEI zum Thema „Vergleichende Regionale Integration“ behandeln in vergleichender Perspektive das Phänomen des unterdessen weltweit anzufindenden „region-building“. Unter „region-building“ sind die Bemühungen von Regionen außerhalb wie innerhalb Europas zu verstehen, sich auf ökonomischer, politischer, rechtlicher und kultureller Ebene stärker zu integrieren. Die Ziele, die dabei im Mittelpunkt stehen, sind unter anderem Friedenssicherung, Ausbau von intra-regionalem Handel sowie Wachstum und Entwicklung. Der Rolle der Europäischen Union als Erfahrungs- und Inspirationsquelle kommt in diesem Rahmen besondere Bedeutung zu. Der Eigencharakter der außereuropäischen Integrationssysteme wird in den Arbeiten des ZEI ausdrücklich anerkannt und liegt den Forschungen und Beratungstätigkeiten des ZEI ausdrücklich zugrunde. Die Arbeit des ZEI konzentriert sich derzeit insbesondere auf die vergleichende Betrachtung der regionalen Integrationsbemühungen in Europa und in Westafrika. Zu dieser Thematik führt das ZEI gemeinsam mit dem West Africa Institute (WAI) in Praia (Kap Verde) zwischen 2010 und 2016 ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Forschungs- und Beratungsprojekt durch. Das Thema Vergleichende regionale Integration umfasst im Berichtszeitraum die folgenden Projekte: die Europäische Union und West Africa und die Euro-Mediterrane Partnerschaft.

Regieren und Regulieren in der Europäischen Union

Die Zukunft der Europäischen Union

Im Fokus dieses Forschungsprojekts des ZEI steht die Frage nach der Zukunft der Politischen Union und den Prioritäten der EU Akteure. Analysiert wird das Zusammenspiel zwischen den Akteuren der EU bei der Umsetzung von Reformen und Prioritäten. Im November 2014 hat die neue EU-Kommission Juncker ihre Arbeit aufgenommen. Erstmals wurde mit Jean-Claude Juncker ein Spitzenkandidat der Europawahlen auch zum Kommissionspräsidenten gewählt. Damit tritt die Reflektion über die Zukunft der Politischen Union, die eigentlich aber schon seit der Ratifizierung des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt) im Jahr 2012 in Gang gesetzt wurde, in eine neue Phase. Das ZEI hat diesen Diskussionsprozess und die vielen Transformationen im Jahr 2015 durch systematische Dokumentation und Einordnung der öffentlichen Positionen der Akteure begleitet. Das ZEI hat hierzu Ende 2012 eine Webseite freigeschaltet. Dort werden Quellen, Texte, Daten und Analysen zur analytischen Verortung des Diskussionsprozesses über „Die Zukunft der Europäischen Union“ zur Verfügung gestellt. Die Webseite hat in den ersten drei Jahren ihres Bestehens schon einen recht großen Verbreitungsgrad erreicht. Sally Brammer, Robert Stüwe und Thomas Panayotopoulos haben im Jahr 2016 die Publikationen organisiert und herausgegeben sowie die Webseite gepflegt. Sie haben zudem den Zugang zu den Internetplattformen Twitter, Researchgate und Academia eingerichtet.

Verantwortlich für das Projekt zeichnen Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Prof. Dr. Christian Koenig, Sally Brammer, Dr. Matti Meyer, Thomas Panayotopoulos und Robert Stüwe.

1. Auf der Grundlage der von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker formulierten zehn Prioritäten für die Amtszeit 2014-2019 setzt die Europäische Union ihr jährliches Arbeitsprogramm um. Seit Anfang 2015 zeigt die „ZEI Monitor-Ampel“ den Stand der Umsetzung des Arbeitsprogramms an. Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) analysiert die Herausforderungen der Europäischen Union im Bereich des Regierens und Regulierens. Leitfrage dabei ist der Fortschritt in den zehn Themenfeldern, die für die EU-Organen im Zeitraum 2014 bis 2019 Priorität haben: Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, digitaler Binnenmarkt, Energieunion und Klimaschutz, Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Freihandel EU-USA, Justiz und Grundrechte, Migration, die EU als globaler Akteur und demokratischer Wandel.

2. Projektbegleitend analysiert der „Future of Europe Observer“ seit 2012 mit drei Auflagen im Jahr die EU-Innenpolitik aus der Sicht der Partner des europäischen Wissenschaftsnetzwerkes des ZEI sowie von ZEI Alumni und kann auf der Homepage des ZEI heruntergeladen werden. Seit 2014 wurde der Fokus des „Future of Europe Observer“ geändert; er fungiert nun als Zeitschrift des ZEI Alumni Netzwerks. Mehrere Zwecke sind hiermit erfüllt: erstens bleibt so der Kontakt des ZEI zu den Alumni erhalten, zweitens können die Alumni ihre Erfahrung und ihr Wissen, die sie in ihren Karrieren im Anschluss an den ZEI Master of European Studies (MES) gesammelt haben, beitragen und drittens entsteht ein Werbeeffect für das MES- Programm und für das ZEI insgesamt.

Die erste Ausgabe 2016, „Future of Europe Observer“ Jg. 4, Nr. 1/2016, befasst sich mit dem Thema der Migration, das an die Spitze der politischen Agenda in der EU gerückt ist, sowohl auf europäischer als auf nationaler Ebene. Diese Ausgabe des FEO beleuchtet die verschiedenen Aspekte der Migrationskrise und ihre Konsequenzen für die Europäische Union. Zu den Autoren gehören neben ZEI Senior Fellow, Prof. Dr. Daniel Tarschys, auch Kim Förster, Lindsey Brown, Sanni Kunnas, Liska Wittenberg und Ignatius Oli (ZEI Fellows MES Class of 2016).

In der zweiten Ausgabe des „Future of Europe Observer“ Jg. 4, Nr. 2/2016, werden geringes Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit in den südlichen Mitgliedstaaten und stockende TTIP Verhandlungen untersucht: so sehen dieser Tage häufig die Schlagzeilen zur europäischen Wirtschaft aus. Die aktuelle Ausgabe des FEO untersucht die Umsetzung der gegenwärtigen EU Maßnahmen, die zum Ziel haben, dieser wirtschaftlichen Stagnation entgegenzuwirken, und bietet Einsicht in die von der EU in diesem Feld geplanten Schritte. Zu den Autoren gehören folgende ZEI Fellows (MES Class of 2016): Malin Berg von Linde, Ksenija Nikolic und Jiayin Liu.

Der Future of Europe Observer Jg. 4 Nr. 3/2016 durchleuchtet die Auswirkungen des EU Austritts des Vereinigten Königreichs. Seit Juni dieses Jahres steht die Europäische Union vor einer neuen und unvorhergesehenen Herausforderung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Integration hat die Mehrheit in einem Mitgliedstaat entschieden, die Europäische Union zu verlassen. Das BREXIT Votum, das viele im restlichen Europa bestürzt hat, hinterlässt Unsicherheit und Zweifel. Mehr als 100 Tage nach dem Entscheid und nach dem wegweisenden Urteil des High Court schaut die vorliegende Ausgabe des Future of Europe Observer darauf, wo wir zum jetzigen Zeitpunkt stehen, und auf das, was zu erwarten ist. Was kann über das historische Votum gesagt werden, nachdem der anfängliche Schock abgeklungen ist? Zu den Autoren gehören ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und die ZEI MES Alumni, Carola Gegenbauer, Hanna Sanders und Matteo Scotto.

3. Seit 2014 wurden die Informationsquellen der ZEI Webseite weiter ausgebaut und zu diesem Zwecke um die neue Publikationsreihe „ZEI Insights“ ergänzt. Auf diese Weise kommentiert und bewertet das Zentrum für Europäische Integrationsforschung die politischen und akademischen Debatten im Kontext des EU-Reformprozesses und das Umsetzen von Prioritäten. „ZEI Insights“ bieten

Kommentare und kritische Analysen zu Entwicklungen des Regierens und Regulierens im Kontext der zehn Prioritäten der Europäischen Kommission und ihres Zusammenwirkens mit dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat. Verfasst werden die „ZEI Insights“ von ZEI Wissenschaftlern, Master of European Studies Fellows und Ehemaligen (Alumni). 2016 konnten die Ausgaben Nr. 34 bis Nr. 45 der „ZEI Insights“ veröffentlicht werden.

4. Die Ankunft zahlreicher Menschen an den südlichen Küsten von Europa ist zu einem wichtigen Thema für die Europäische Union und deren an das Mittelmeer angrenzende Mitgliedstaaten geworden. Die bisher durchgeführten Maßnahmen und beschlossenen Gesetze der Europäischen Union beinhalten in den meisten Fällen sicherheitspolitische und militärische Implikationen. Diese Publikation untersucht, auf welche Weise die Migration zu einem Sicherheitsproblem in Europa geworden ist und analysiert ferner Antworten, die die Regierungen auf die aktuelle Situation gegeben haben.

Carla Manzanar, Movement, Security and Media, ZEI Discussion Paper C233/2016.

5. Der UN Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 war ein großer Erfolg für die EU Klimadiplomatie und weit entfernt vom Disaster in Kopenhagen in 2009, welches das Selbstverständnis der globalen Führungsrolle der Union nachhaltig beschädigt hatte. Im Rahmen der Paris-Vorbereitungen konnte die EU ihre Glaubwürdigkeit als global führende und vermittelnd agierende Regionalmacht teilweise zurück gewinnen, zumal sie internen Konsens früh etablieren und eine starke Allianz mit Entwicklungsländern und großen Emittenten aufbauen konnte. Dies spielte für die Einigung auf das Pariser Abkommen eine wesentliche Rolle. Das Paper analysiert die letzten sechs Jahre der internen und externen EU Umweltpolitik. Es gibt Einblicke in die Entstehung des Pariser Abkommens, die Rolle der EU bei dessen Entwicklung sowie die Herausforderungen, welche für eine wirksame Anwendung diskutiert werden müssen. Da die Vereinbarung selbst nur ein Stück Papier ist, wird alles von den Umsetzungsbemühungen abhängen. Somit endet das Papier mit Vorschlägen für die EU Umweltpolitik zur Implementierung des Pariser Abkommens, mit besonderem Fokus auf die erste globale Bestandsaufnahme in 2018 und den langfristigen Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft.

Rike Sohn, EU environmental policy and diplomacy from Copenhagen to Paris and beyond, ZEI Discussion Paper C234/2016.

6. Die Briten haben für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Die „Brexit“-Debatte steht symbolisch für die Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika umwälzenden populistischen Kräfte. Misstrauen gegenüber den Eliten hat dazu geführt, dass Desintegration und Fragmentierung in Europa vorangetrieben werden. Dieses britische Votum hat internationale Auswirkungen. Das System internationaler Normen und anerkannter Politiken, welches 1990 und in den vergangenen Dekaden Deutschland und ganz Europa überzogen hat, Freiheit und Frieden in einer sich erweiternden Europäischen Union, ist nun in Gefahr. Die Welt steht heutzutage vielfältigen Herausforderungen gegenüber und wird diese

Herausforderungen meistern müssen, um die Gefahren für die transatlantischen Werte und die friedliche Weltordnung abzuwehren.

James D. Bindenagel, America and Europe in the Twenty-first Century, ZEI Discussion Paper C 236/2016 (basierend auf der Rede anlässlich der Abschlussfeier der „MES Class 2016“).

7. Im letzten Jahr gaben die meisten der europäischen und amerikanischen Bürger an, zumindest einmal von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen, genannt TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), welches die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika voraussichtlich unterzeichnen werden, gehört zu haben. Nach einem Jahrzehnt der Missverständnisse, während dessen die beiden Seiten des Ozeans sich so fern wie nie schienen, ist Transatlantismus mit dem Vorantreiben der bedeutungsvollsten Freihandelszone in sowohl wirtschaftlicher als auch geopolitischer Sicht, scheinbar wieder auf Kurs. Kann TTIP die „Renaissance der Transatlantischen Beziehungen“ repräsentieren? Ist TTIP die Brücke, die die beiden Seiten des Atlantiks wieder verbinden kann? Das Ziel dieser Arbeit ist es zu verstehen, in welcher Hinsicht TTIP auf der einen Seite die EU und USA näher zusammenbringen und auf der anderen Seite die Transatlantischen Beziehungen gegenüber dem Rest der Welt stärken könnte.

Matteo Scotto, The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). An Insight into its Transatlantic Relations and Global Context, ZEI Discussion Paper C 238/2016.

8. Für die Zeit von 2015 bis 2017 hat die belarussische Exiluniversität, „European Humanities University“, mit Sitz in Vilnius/Litauen, ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt in ihren „governing board“ berufen.

9. Malte Tim Zabel beschäftigt sich in seiner Dissertation zu dem Thema „Euroskeptizismus. Ursprünge und Ausdrucksformen im Verlauf des europäischen Integrationsprozesses“ mit den Effekten von Euroskeptizismus für den Verlauf der öffentlichen Diskussion über die EU und den tatsächlichen Prozess der europäischen Integration. Seine Hypothese: Fundierter, auf Diskussion ausgerichteter Euroskeptizismus festigt das Denken in europäischen Kategorien und kann für den Integrationsprozess sogar positive Auswirkungen haben. Diese Vermutung basiert auf der Trennung von Begrifflichkeiten. „Euroskeptizismus“ ist in der öffentlichen Diskussion längst zum Synonym für Ablehnung, mitunter gar Anfeindung gegenüber der EU bzw. dem europäischen Gedanken geworden und wird durch populistische Parolen kultiviert. Auf diese Weise verstanden, ist Euroskeptizismus ohne Frage schädlich für den Integrationsprozess. Die Ideengeschichte des philosophischen Skeptizismus besagt hingegen, dass der Ausdruck „Skepsis“ keineswegs überzeugte oder gar verbohrene Ablehnung impliziert. Ein Skeptiker ist vielmehr jemand, der genau abwägt und den Austausch in der Debatte sucht ohne selbst von der Geltungshoheit der eigenen Argumente vollends überzeugt zu sein. Ein solcher, quasi echter Euroskeptiker, wäre – so die zu überprüfende Hypothese – für die

politische Diskussionskultur Europas durchaus ein Gewinn. Durch seine Erscheinung würden bestimmte europäische Fragen intensiver diskutiert und abgewogen, sodass der Output an europäischer *Policy* letztlich sogar qualitativ hochwertiger sein und am Ende auf einem breiterem Konsens basieren dürfte. Die Dissertation wird 2017 abgeschlossen werden.

10. Die allgemeine Zielsetzung der Dissertation „Energiepolitik und der europäische Integrationsprozess – EU Energiepolitik von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis zur Vorstellung der Roadmap 2050“ von Carola Gegenbauer ist die Analyse der Voraussetzungen, Bedingungen und Erschwernisse auf dem Weg zur Realisierung einer europäischen Energieunion. Nach Darlegung der aktuellen Relevanz, Formulierung der Fragestellung, sowie Forschungsstand und Methodik, bespricht der theoretische Teil die Theorien der europäischen Integration seit den Anfängen der Europäischen Integration und ihre Entwicklung. Die Theorien werden herangezogen, um zu klären, unter welchen Voraussetzungen Integration entsteht. Auf dieser theoretischen Grundlage wird die Entwicklung der europäischen Energiepolitik untersucht. Zeitlich eingegrenzt wird diese Analyse von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952) bis zum Vertrag von Lissabon 2009. Nach den Voraussetzungen werden die Bedingungen für die Entstehung von „großen“ Integrationsprojekten untersucht. Diese Analyse prüft beschleunigende Faktoren und Grenzen im Integrationsprozess, externe und interne Faktoren, Akteure und Politikprozesse. Vergleichsweise werden die gemeinsame europäische Agrarpolitik und der interne Markt, sowie die Währungsunion herangezogen, um Attribute und Kriterien für ein „großes“ Integrationsprojekt zu ergründen. Im Rahmen der Dissertation wird zudem die Rolle von Solidarität für den Integrationsprozess untersucht. Der finale Teil wertet die Ergebnisse der Dissertation aus, um so eine Aussage über die Voraussetzungen, Bedingungen und Erschwernisse der Realisierung einer europäischen Energieunion zu treffen und zu klären ob Energiepolitik das nächste große Integrationsprojekt der EU werden kann. Es ist geplant, die Dissertation 2017 abzuschließen.

11. Im Promotionsvorhaben „Island und die Europäische Union. Eine Studie zur Erweiterung, Vertiefung und Integration der EU“, wird von Thorsten Kim Schreiweis der Zusammenhang des Verhältnisses von Island zur Europäischen Union untersucht. Nach dem Zusammenbruch des isländischen Banken- und Finanzsektors, dem Rücktritt der isländischen Regierung, der Neuwahl des Parlamentes und der Inauguration der ersten sozialdemokratisch-linken Regierung in Island im Jahr 2008, hat das Land 2009 formal ein Beitritts-gesuch bei der Europäischen Union eingereicht. Im Jahr 2010 wurde die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit Island formal beschlossen. Bei den Wahlen im April 2013 verlor die Regierung massiv an Zustimmung und die zuvor regierende Unabhängigkeitspartei gewann zusammen mit der Fortschrittspartei, die den Regierungschef stellt, die Parlamentsmehrheit. Zunächst bleibt unklar, welche Folgen der Regierungswechsel für das Verhältnis der EU und Island haben wird. Die neue isländische Regierung hat einen dezidiert eurokritischen Wahlkampf geführt

und zeigte sich gegenüber einem EU-Beitritt ablehnend. Wenngleich die Isländer wieder eine grundsätzlich reservierte und kritische Einstellung gegenüber der EU einnehmen, ist man in den vergangenen Jahren überzeugenden Argumenten für einen EU-Beitritt grundsätzlich offener geworden. Es bleibt zunächst unklar, ob die Regierung ein Referendum über die Fortführung oder den formalen Abbruch der Verhandlungen mit der EU durchführen wird und wie der Ausgang einer solchen Abstimmung verlaufen könnte. Die Dissertation stützt sich auf Feldforschungen in Island und soll 2017 abgeschlossen werden.

12. Während eines Forschungsaufenthaltes am ZEI vom 01. Februar bis 30. April 2016 vertiefte Dr. Kun Hu, Institute of European Studies, Chinese Academy of Social Sciences, Peking, seine Forschungen zu dem Thema „Transformation des deutschen Bankensystems im Kontext der internationalen Finanzkrise“. Das deutsche Bankensystem ist sehr stark von der Dreisäulenstruktur geprägt. Im Zuge der europäischen Integration und der globalen Liberalisierung des Finanzwesens haben viele Länder, einschließlich Deutschland, vielfältige Reform- und Deregulierungsmaßnahmen durchgeführt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzmärkte und der Finanzinstitute des eigenen Landes zu verstärken. Der Beibehalt der Dreisäulenstruktur in Deutschland hat aber dazu geführt, dass ein großer Anteil des Kapitals des Einlagen- und Kreditgeschäfts, welches hauptsächlich von regionalen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften geführt wird, weiterhin eingenommen wird und so die ertragsintensiveren Geschäfte, vor allem Derivate im Inter-Bank-Markt, nicht teilnehmen konnten. Dadurch ergab sich ein großer Rückstand Deutschlands in Bezug auf die Rentabilität und die Effektivität in Vergleich zu anderen europäischen Ländern, bevor die internationale Finanzkrise seit 2007 ausbrach. Die Existenz der Dreisäulenstruktur dient dazu, dass das deutsche Bankensystem nicht ganz von der Finanzkrise getroffen wird. Das Geschäft der „uneffektiven“ Banken bleibt während der Finanzkrise fast unberührt, während einige größere Banken einen beträchtlichen Verlust verbuchen mussten. Die Dreisäulenstruktur wird dadurch wieder positiv bewertet, obwohl sie noch einer Verbesserung bedarf.

13. Matti Wiberg, Professor of Political Science an der Universität Turku und ZEI Senior Fellow nutzte seinen Forschungsaufenthalt am ZEI vom 23. bis 31. Mai 2016 zur intensiven Bearbeitung des Textes für das 2017 erscheinende ZEI Discussion Paper 2017/C 240, The Impact of the European Union on National Legislation (zusammen mit Tapio Raunio), in dem der Einfluss der Europäischen Union auf die nationale finnische Gesetzgebung sowie der Bezug zum „Delors Mythos“ analysiert wird.

14. Prof. Dr. Martin Holland, Jean Monnet Chair ad personam, Director, National Centre for Research on Europe/ EU Centres Network New Zealand, besuchte das ZEI vom 22. bis 24. Juni 2016. Während seines Aufenthaltes kam es zu einem intensiven und fruchtbaren Austausch zu Themen der Europäischen Union mit ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.

15. Zur Intensivierung ihrer Forschungen zu Europa besuchte Dr. Natalia Chaban, Ass. Prof., National Centre for Research on Europe der University of Canterbury, vom 03. bis 09. Oktober 2016 das ZEI. Gespräche mit den ZEI Mitarbeitern und der durch ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vermittelte Besuch einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „German Foreign Policy“ im UNI Conference Center vervollständigten und bereicherten Ihren Aufenthalt in Bonn.

Regulierung und Wettbewerbsrecht

Regulierung der Netzwirtschaften

Die ZEI Forschungsarbeit zum Thema „Regulierung der Netzwirtschaften“ untersucht im Schwerpunkt die auf Investitionsanreizen und Netzgestaltungspflichten basierende Netzregulierung im Spannungsfeld von staatlicher Infrastrukturverantwortung und Wettbewerbsförderung. Sie umfasst die Bereiche des Europäischen Telekommunikations-, des Eisenbahn-, des Post- sowie des Energierechts.

1. Die ZEI Forschungsgruppe „Regulierung der Netzwirtschaften“ hat sich im Jahr 2016 erneut mit der Regulierung von Flughafenentgelten befasst. Ähnlich wie in anderen Netzwirtschaften erfolgte auch bei der Regulierung von Flughafenentgelten der Anstoß nicht im nationalen Raum, sondern vielmehr aufgrund der Richtlinie 2009/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über Flughafenentgelte (Richtlinie 2009/12/EG), welche im Wege der Rechtsangleichung einen gemeinsamen Binnenmarktrahmen für die an den Flughäfen in der Europäischen Union anwendbaren Regelungen bezüglich der Erhebung von Flughafenentgelten geschaffen hat. Kritisch zu beleuchten ist in diesem Zusammenhang nach Ansicht der Projektgruppe die Tatsache, dass in Deutschland – auch nach Umsetzung der Richtlinie im gesetzlichen Rahmen des § 19b LuftVG – in der Rechtswirklichkeit überwiegend weiterhin ein Verfahren der einseitigen Entgeltfestlegung durch die Flughafenbetreiber mit behördlicher Bestätigung praktiziert wird, ohne dass die Möglichkeiten der Einflussnahme der Fluggesellschaften im Sinne von verhandlungsbasierten Entgelten und einer richtlinienkonformen Einführung eines regulatorisch eingerahmten substantiellen Verhandlungsabschnittes praktisch verbessert wurden. Die weiterführenden Untersuchungen konkreter Flughafenkonsultationen und Entgeltfestsetzungsverfahren im deutschen Raum führten zu der Erkenntnis, dass die Kostendarstellungen bei kostenbasierten Entgeltberechnungen erhebliche Mängel hinsichtlich der Darstellung und der Kostenzuordnung aufweisen. Defizite ergeben sich zudem aus der praktischen Umsetzung des Dual-Till-Prinzips, dass zwischen Aviation-bezogenen und Non-Aviation-bezogenen Kosten unterscheidet, ohne jedoch eine nachvollziehbare Kostenkalkulation nach Kostenarten, Kostenstellen und Kostenträgern aufzuzeigen. Von den regulatorischen Anforderungen einer Deckelung der Kosten auf die Schwelle der effizienten Leistungserstellung ist die Entgeltregulierung im Segment der Flughafenentgelte zudem noch weit entfernt. Die Projektgruppe kommt in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass diesem Rechtsvollzugsdefizit vorrangig im Rahmen des Konsultationsverfahrens zwischen Flughafenbetreibern und –nutzern richtlinienkonform abzuhelpen ist und hat hierzu konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

2. Das Buchprojekt mit dem Titel „The Art of Regulation“ wurde fortgesetzt. Die Forschungsgruppe hatte im Jahr 2015 die Idee entwickelt, in die Grundlagen der

Europäischen Regulierung wissenschaftsübergreifend einzuführen. In diesem werden Kunst und Segen der Europäischen Regulierung gegenüber der Tyrannei privater Wirtschaftsmacht wie gegenüber dem Missbrauch staatlicher Ressourcen dargestellt. Die Forschungsgruppe vertritt, ebenso wie der argentinische Papst Franziskus in seinem apostolischen Schreiben (Evangelii Gaudium) vom 24. November 2013 (vgl. dort Rn. 53 ff.), ein klares Nein zu einer „Wirtschaft der Ausschließung“. Eine Wirtschaft der Ausschließung zeigt sich in höchst unterschiedlichen, offenen oder subtilen, auch verdeckten Erscheinungsformen. Ein Beispiel unter vielen inklusiven europäischen Regulierungsansätzen gegen die „subtilere“ Ausschließung von Zugangschancen bilden die von der EU initiierten Fördermaßnahmen und -bedingungen zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Überwindung der digitalen Spaltung in der Gesellschaft im Zugang zu und der Nutzung des Internets, die ungleich verteilt und nach wie vor von sozialen Faktoren abhängig sind. Ende 2016 ist das Buch beim Edward Elgar Verlag erschienen.

3. Die 2. Deutsche Postrechtstagung fand am 7. Oktober 2016 in Bonn im ZEI statt. Im Vordergrund standen Vorträge zur Vergabe von Postdienstleistungen, die Finanzierung des Universaldienstes und der Regulierungsbehörden sowie missbräuchliche Rabattpraktiken im Postsektor „II“. Zudem wurde die Richtungsweisung der Paketmärkte in Zukunft hinsichtlich Wachstum, Kooperation und Standards zwischen Kartellverbot und Regulierung diskutiert.

Öffentliches Wettbewerbsrecht

1. Im öffentlichen Wettbewerbsrecht war die Forschungsarbeit des ZEI im Jahr 2016 insbesondere im EU-Beihilferecht sehr aktiv. Im Rahmen dessen widmete sie sich der Neuauflage der Streinz-Kommentierung zu Artikel 106, 107 und 108 AEUV. Ein weiterer Schwerpunkt lag im Bereich der EU-beihilfenrechtlichen Anforderungen an mitgliedstaatliche Insolvenzverfahren. Die Untersuchung der neueren Rechtsprechung des EUGH zeigt die weiterhin starke Fokussierung auf den Effektivitätsgrundsatz. Daraus resultiert unter anderem die Pflicht mitgliedstaatlicher Behörden, die Rückforderung von Beihilfen insbesondere in der Insolvenz effektiv wie ein Privatgläubiger zu verfolgen. Eine pauschale Pflicht des Mitgliedstaates im Falle einer Liquidation die verbleibenden Aktiva Wettbewerbern anzubieten, kann der Unionsrechtsprechung nicht entnommen werden. Ein weiterer Fokus lag auf der neueren Nichtigkeitsrechtsprechung des BGH, wonach die Nichtigkeitsfolge des § 134 BGB i. V. m. Art. 108 Abs. 3 S. 3 AEUV sich ausschließlich auf die Haupt- oder Nebenabrede des Vertrags – beihilfegewährende Vereinbarung – beziehen (Teilnichtigkeit) kann.

2. Die Forschungsgruppe beschäftigte sich zudem mit den Anforderungen an eine ökonomische Analyse zur Ermittlung des Vorliegens einer tatbestandlichen Beihilfe i. S. d. Art. 107 AEUV. Dabei wurde untersucht, ob und inwieweit die Tatbestandsmerkmale der drohenden Wettbewerbsverzerrung und zwischenstaatlichen Handelsbeeinträchtigung ähnlich wie im Kartellrecht eine Marktabgrenzung

erfordern. Die Marktabgrenzung ist ein Instrumentarium, welchem entscheidende Bedeutung bei der Anwendung der Vorschriften des Europäischen Wettbewerbsrechts zukommt: Durch die Marktabgrenzung kann der sachlich, räumlich und – sofern als erforderlich erachtet – zeitlich relevante Markt ermittelt werden; mithin eine Eingrenzung des Wettbewerbs auf denjenigen Teil vorgenommen werden, in dem die Maßnahme oder Verhaltensweise wettbewerbsrelevante Effekte hervorrufen kann (relevanter Markt).

Dabei wurde zunächst festgestellt, dass die praktische Bedeutung der Marktabgrenzung im Beihilfenrecht im Gegensatz zum Kartellrecht sehr gering ist. Der Praxis der Kommission weitgehend folgend stellt auch der EuGH im Beihilfenrecht im Vergleich zum Kartellrecht sehr geringe Anforderungen an den Nachweis des Tatbestandsmerkmals der (drohenden) Wettbewerbsverfälschung. Auch bei bereits durchgeführten Beihilfen erachtet er es grundsätzlich als ausreichend, wenn die Kommission Tatsachen vorträgt, die eine drohende Wettbewerbsverfälschung begründen. Hintergrund der Gleichstellung einer Wettbewerbsverfälschung mit einer drohenden Wettbewerbsverfälschung ist die Absicht, keine Besserstellung von (Dritt-)Betroffenen/Begünstigten von rechtswidriger Weise nicht notifizierten Beihilfen durch die Prüfung der tatsächlichen Auswirkungen auf den Wettbewerb zu bewirken. Zum Nachweis der tatsächlichen Auswirkungen einer Beihilfe auf den Wettbewerb ist die Kommission daher nicht verpflichtet. In Anbetracht der aus dieser extensiven Interpretation der Tatbestandsmerkmale resultierenden umfassenden Kontrollkompetenz der Kommission für die den Mitgliedstaaten zurechenbaren Begünstigungen von Unternehmen i. S. d. EU-Rechts wurde untersucht, ob und inwieweit die kartellrechtlichen Prüfungsmaßstäbe auf das Beihilfenrecht übertragbar sind. Dabei wurden zunächst die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Vorschriften analysiert und u. a. festgestellt, dass neben dem Umstand des durch eine Beihilfe verwirklichten marktfremden Eingriffs einer staatlichen Stelle das Beihilfenverbot im Gegensatz zum Kartellrecht kumulativ zum Wettbewerbsschutz auch Zielsetzungen sozialer und verteilungspolitischer Art verfolgt, die bspw. durch die Gewährung von Beihilfen als Mittel zur Korrektur von Marktversagen und zur Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Märkte umgesetzt werden. Ob und inwieweit diese Aspekte im Rahmen der tatbestandlichen Bewertung einer staatlichen Zuwendung als Beihilfe allerdings Berücksichtigung finden dürfen oder vielmehr im Rahmen der Auslegung des Beihilfentatbestands ausschließlich der Wettbewerbsschutz als maßgebliches *Telos* der Vorschrift zugrunde zu legen ist, ist gegenwärtiger Forschungsgegenstand.

3. Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellte die Rekommunalisierung der Abfall- und Wasserwirtschaft dar. Untersucht wurde explizit die praktifizierte Inhouse-Vergabe der Kommunen unter EU-beihilferechtlichen Aspekten. Grundsätzlich sind Verträge mit öffentlich-rechtlichen Auftraggebern im Rahmen eines wettbewerblichen und transparenten, an den Grundsätzen der Gleichbehandlung orientierten Vergabeverfahrens auszuschreiben. Wird der Auftrag außerhalb eines wettbewerblichen Vergabeverfahren vergeben, handelt es sich um eine „De-facto-

Vergabe“. Eine Ausnahme von dieser Regel besteht dann, wenn eine Inhouse-Vergabe vorliegt. Außerhalb eines vorherigen Vergabeverfahrens kann also nur dann beauftragt werden, wenn die Voraussetzungen eines vergabefreien Eigengeschäfts („Inhouse-Geschäft“) vorliegen.

Diese wohl bedeutendste Einschränkung des Anwendungsbereichs des Vergaberechts begründete der EuGH im Jahr 1999 mit seiner „Teckal-Entscheidung“. Nach dieser Entscheidung fällt ein Beschaffungsvorgang eines öffentlichen Auftraggebers wegen wirtschaftlicher Identität nicht unter das Vergaberecht, „wenn die Gebietskörperschaft über die zu beauftragende Person eine Kontrolle ausübt wie über ihre eigenen Dienststellen und wenn diese Person zugleich ihre Tätigkeit im Wesentlichen für die Gebietskörperschaft verrichtet, die ihre Anteile innehat“.

Die Richtlinie 2014/24/EU, die am 28.3.2014 im Amtsblatt der europäischen Union veröffentlicht wurde und die Richtlinie 2004/18/EG ersetzt, gibt die Regelungszurückhaltung des europäischen Gesetzgebers auf setzt neue Schwerpunkte. Endgültig umgesetzt ins deutsche Recht wurde die RL 2014/24/EU im Mai 2016. Knapp 15 Jahre nach „Teckal“ muss nun die Inhouse-Vergabe, gleichsam neu gedacht werden.

Ohne Verwendung des Inhouse-Begriffs normiert Art. 12 der neuen Richtlinie die Vergabe „Öffentlicher Aufträge zwischen Einrichtungen des öffentlichen Sektors“ als negative Anwendungsvoraussetzung des EU-Vergaberechts. Die umfangreiche und komplexe Vorschrift unterscheidet zwischen mehreren Konstellationen: Neben der Beauftragung eines Unternehmens durch den beherrschenden öffentlichen Auftraggeber werden die Fälle der gemeinsamen Beherrschung durch mehrere öffentliche Auftraggeber, die zwischenbehördliche Zusammenarbeit sowie der Fall einer „inversen Inhouse-Vergabe“ geregelt.

Zu beachten ist aber, dass auch außerhalb des Anwendungsbereichs der europäischen Vergaberichtlinie die öffentlichen Auftraggeber bei der Beschaffung von Lieferungen und Leistungen sowie bei der Veräußerung von öffentlichem Vermögen nicht frei von rechtlichen Vorgaben sind. Dies betrifft in besonderer Weise das Primärvergaberecht, welches sich aus den Grundfreiheiten des AEUV ableitet und regelmäßig dann anzuwenden ist, wenn es das Sekundärvergaberecht nicht ist. Dass für bestimmte Bereiche eine Ausnahmeregelung in der Vergaberichtlinie vorhanden ist, begründet keine Sperrwirkung gegenüber dem Primärvergaberecht. Das ergibt sich bereits aus der Normhierarchie des EU-Rechts: Das Sekundärrecht muss im Einklang mit den Verträgen stehen, nicht umgekehrt. Der Gesetzgeber des Sekundärrechts kann daher den Anwendungsbereich des Primärrechts nicht bestimmen und schon gar nicht verengen. Er kann zwar festlegen, dass bestimmte Sachverhalte nicht dem Sekundärrecht unterliegen, er kann aber nicht zugleich festlegen, dass auch die primärrechtlichen Regeln nicht gelten. Dazu bedürfte es vielmehr einer Vertragsänderung. Das erkennt auch der Richtliniengeber in Erwägungsgrund 1 der RL 2014/24/EU an. Die Vergaberichtlinie gestaltet demnach für die Beschaffungstätigkeit des öffentlichen Sektors lediglich prozedural aus, was das Primärrecht mit seinen Grundfreiheiten vorgibt.

Daneben macht aber auch das europäische Beihilfenrecht weitergehende Vorgaben an eine rechtskonforme Beschaffungstätigkeit der öffentlichen Hand. Auch das europäische Beihilfenrecht (Art. 107 AEUV) ist auf Grund seiner unmittelbaren Anwendbarkeit bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen außerhalb des Sekundärvergaberechts zu beachten. Die Verbindung von Beihilfen- und Vergaberecht liegt auf der Hand: Vergibt der Staat einen öffentlichen Auftrag oder veräußert er öffentliches Vermögen in einer diskriminierenden Weise, liegt darin eine beihilfenrechtlich relevante Zuwendung, da sich der ausgewählte Bieter/ Käufer dann keinem echten wettbewerblichen Vergleich mit seinen Konkurrenten zu stellen braucht. In diesem Fall ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass zum Beispiel der Bieter in einem Vergabeverfahren einen überhöhten – nämlich vom Wettbewerbspreis nicht beeinflussten – Preis verlangen und erhalten wird. Die sich ergebende Differenz zum Wettbewerbspreis stellt dann eine notifizierungs- und genehmigungspflichtige Beihilfe dar.

Die Gestaltung der Globalität in Europa

Zu den zentralen, bisher aber nicht in kooperativer Form behandelten Anfragen an die geistes- und kulturwissenschaftliche Forschung gehört eine systematische Untersuchung der Gestaltung der Globalisierung in Europa aus Sicht der Geistes- und Kulturwissenschaften. Im Sinne einer über das Ökonomische hinausgehenden Verortung dessen, was Globalität als Zustand (über Globalisierung als Prozess hinausgehend) bedeutet, wird im Rahmen dieses Projekts die Frage gestellt was Globalität über das Ökonomische hinaus in Bezug auf geistes- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen bedeutet. Das Verbundforschungsprojekt „Die Gestaltung der Globalität“ wird in Kooperation mit verschiedenen Fächern der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn durchgeführt. Das Projekt nimmt in interdisziplinär angelegten Arbeitskolloquien eine Standortbestimmung im globalen Ideen- und Deutungswettbewerb und eine Überprüfung der Haltbarkeit bis dato formulierter universaler Aussagen beziehungsweise deren Adaption in der globalisierten Welt vor. Aus diesem Austausch entstehen seit 2009 kleinere Veröffentlichungen, die Ideen, Kontroversen und Erkenntnisse des Projekts wiedergeben.

Daneben entsteht vor dem Hintergrund des 200-jährigen Jubiläums der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2018 die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“. Herausgeber der handbuchartigen Enzyklopädie sind Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Prof. Dr. Tilman Mayer unter Mitwirkung von Prof. Dr. Stephan Conermann, Prof. Dr. Markus Gabriel, Prof. Dr. Xuewu Gu, Prof. Dr. Marion Gymnich, Prof. Dr. Wolfram Högbe, Prof. Dr. Volker Ladenthin, Prof. Dr. Wolfram Kinzig, Prof. Dr. Wolfgang Kubin und Prof. Dr. Günther Schulz. Das umfangreiche Werk bringt Beiträge von über einhundert Professorinnen und Professoren der Bonner Universität zusammen, vorwiegend aus der Philosophischen Fakultät, aber auch aus der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, den beiden Theologischen Fakultäten und der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Die ganze Bandbreite der Methoden und Sichtweisen der geistes- und kulturwissenschaftlich arbeitenden Fächer und ihrer Wissenschaftler wird in diesem Werk lebendig. Die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ geht von der These aus, dass der gegenwärtige „global turn“ Europa (wie alle anderen Regionen auch) nicht nur ökonomisch und technisch herausfordert, sondern auch eine geistes-wissenschaftliche Rekonstruktion seiner Welt- und Gestaltungsfähigkeit abverlangt. In der „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ geht es in erster Linie darum, problemorientiert solche Phänomene zu erfassen, die durch den „global turn“ zu einer Neubestimmung des Begriffsverständnisses führen könnten oder bereits geführt haben. Die Begriffsfelder und Schlüsselbegriffe sowie das Gliederungs- und Interpretationsmuster zur Abfassung jedes der Schlüsselbegriffe wurden in einer Reihe von Arbeitskolloquien erarbeitet und an ausgewählten Schlüsselworten der sozialen Ordnung überprüft. Über einhundert wissenschaftliche Beiträge werden dieses wissenschaftliche Werk zu einem gewichtigen Beitrag der Selbstdarstellung und des Diskursangebots aus

der Mitte der Bonner Universität heraus werden lassen. Die „Bonner Enzyklopädie der Globalität“ wird Anfang 2017 im VS Springer Wissenschaftsverlag erscheinen, der auch eine E-Book-Ausgabe bereitstellen wird. Zum Universitätsjubiläum 2018 soll dann ebenfalls eine englischsprachige Übersetzung der Enzyklopädie erscheinen.

Das Projekt wird geleitet von Prof. Dr. Tilman Mayer, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Universität Bonn, und ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.

Vergleichende regionale Integration

Regionale Integration weltweit

1. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und 79 Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik – vereint als AKP-Gruppe auftretend – gründet im Cotonou Abkommen. Dieses rechtlich bindende Vertragswerk ist einzigartig auf der Welt, indem es Länder aus vier Kontinenten zusammenführt. Das Cotonou Abkommen definiert die EU-AKP-Beziehungen in den Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit, des Handels und des politischen Dialogs. Das Cotonou Abkommen läuft im Jahr 2020 aus. ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt analysiert die bisherigen Effekte der EU-AKP-Beziehungen und entwickelt weitgehende Vorschläge für deren zukünftige Entwicklung: Er entwickelt den Vorschlag einer strategischen Reifung hin zu einem „EU-AKP Assoziationsvertrag für Entwicklung“. Er diskutiert thematische Prioritäten, regionale Besonderheiten und projiziert eine stärkere globale Sichtbarkeit der EU-AKP Gruppe über 2020 hinaus.

Ludger Kühnhardt, Maturing beyond Cotonou: An EU-ACP Association Treaty for Development. A proposal for reinventing EU relations with the African, Caribbean and Pacific (ACP) Group of States, ZEI Discussion Paper C 235/2016.

2. Mit den Herausforderungen der globalen Energiepolitik in Westafrika beschäftigt sich das Dissertationsvorhaben von Michael Amoah Awuah „Towards Regional Energy Governance in West Africa“. Die Arbeit zeigt ein Energiedefizit in dreizehn westafrikanischen Ländern auf, in denen bis zu drei Fünftel der Bevölkerung ohne Energiezugang leben. Michael Awuah analysiert die Gründe hierfür unter besonderer Beachtung der regionalen Steuerung von Energiepolitik verschiedener Akteure und sieht die fehlende Kohärenz dieser als eine der größten Herausforderungen in der Frage, wie die Energieversorgung in Westafrika verbessert werden kann. Seine Dissertation soll durch Untersuchung der politischen Akteure, der westafrikanischen Märkte, soziokultureller Gegebenheiten, ökologischer Faktoren und legaler Auflagen schließlich zu modernen Lösungsansätzen kommen. Er arbeitet in seinem Dissertationsprojekt, das als qualitative Studie angelegt ist, mit verschiedenen Governance-Theorien, macht an einigen Fallbeispielen deutlich, wie eine effiziente Energiepolitik in Westafrika entwickelt werden kann und bettet seine Forschung in die aktuelle wissenschaftliche Debatte ein.

3. An der Katholischen Universität Alta Scuola di Economia e Relazioni (ASERI), Mailand, 18. bis 20. Januar 2016, und an der Diplomatischen Akademie in Wien, 1. bis 3. Februar 2016, hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt Seminare zum Thema „Region-Building“ ab.

Forschungskooperation ZEI – West Africa Institute (WAI)

Die weltweite Entwicklung regionaler Zusammenschlüsse gehört zu den bemerkenswerten Entwicklungen seit dem Ende der bipolaren Weltordnung. Auf dieser Basis wurden im Rahmen des Kooperationsprojektes „Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa“ unter Berücksichtigung der europäischen Integrationserfahrung die Bestimmungsfaktoren regionaler Integration in Westafrika erforscht und gleichzeitig mit einer darauf aufbauenden Weiterbildungskomponente verlinkt. Das Forschungs- und Beratungsprojekt wurde im Zeitraum 2010 bis 2016 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in der Afrikastrategie des BMBF aus dem Jahr 2014 als „Leuchtturm“-Projekt angesehen. Projektpartner des ZEI ist das West Africa Institute (WAI) in Praia (Cabo Verde). Das WAI ist das erste Forschungsinstitut seiner Art in Westafrika und bietet akademische Analysen, konkrete Politikberatung und die Verbreitung von Wissen über regionale Integrationsprozesse in Westafrika. Seit Beginn des Projekts 2010 wurden regelmäßig Workshops mit europäischen und afrikanischen Wissenschaftlern sowie weitere Austauschmaßnahmen zwischen WAI und ZEI durchgeführt. Diese dienten der wissenschaftlichen und administrativen Aufbauarbeit am WAI und der Erarbeitung gemeinsamer Forschungsergebnisse.

Im Einzelnen umfasste die ZEI-WAI Zusammenarbeit folgende Bereiche:

- Gemeinsame Analyse ausgewählter Politikfelder durch paritätisch besetzte bi-regionale Forschergruppen.
- Gemeinsame Beratung politischer Entscheidungsträger auf der Basis von Forschungsergebnissen.
- Gemeinsames Publikationsprogramm.
- Beratung des WAI beim Forschungsprojektmanagement.
- Unterstützung beim Aufbau der Bibliothek des WAI sowie Erstellung von Datenbank- und Monitoring-Instrumenten.
- Weiterbildung von westafrikanischen Postgraduierten am ZEI und zeitgleicher Aufbau eines Afrika-spezifischen „Master in African Regional Integration“ von WAI und der Universität von Cabo Verde (UNI-CV).

Dabei standen drei Themengebiete im Mittelpunkt der bi-kontinentalen Forschungskooperation:

- Regionale Integration und Politikformulierungsprozesse.
- Wirtschaftsintegration und regionaler Handel.
- Institutionelles „capacity development“ für regionale Integration.

Projektverantwortlich am ZEI waren 2016 Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Rike Sohn und Ilva Ifland.

1. Aufbauend auf dem Memorandum of Understanding zwischen dem West Africa Institute (WAI) und der Nationaluniversität der Kap Verden (UNI-CV) hinsichtlich des Aufbaus eines Master-Studiengangs in African Regional Integration und des hierzu von WAI und ZEI entwickelten Gesamtkonzepts für das Programm, Curriculum und

Budget des Studiengangs, wurde der Studiengang 2015 erfolgreich seitens aller akademischen Gremien der UNI-CV sowie durch das kapverdische Ministerium für Hochschulen, Wissenschaft und Innovation (MESCI) akkreditiert. Im Verlauf des Jahres 2016 wurden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um 2017 mit dem Master-Studiengang zu beginnen.

2. Die zahlreichen, tragischen Todesfälle im Mittelmeer rufen die afrikanischen und europäischen Regierungen dazu auf, gemeinsam tragbare politische Lösungen für die Migrationsthematik zu finden. Dies könne entscheidend für den weiteren Weg der regionalen Integration in beiden Kontinenten sein. Die Republik Cabo Verde sei in besonderer Weise an gemeinsamen Lösungen interessiert, da das Land stets einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Migranten gehabt habe und auch weiterhin haben werde. Mit diesen Überlegungen eröffnete der Ministerpräsident von Cabo Verde, José Maria Neves, eine Begegnung mit den Teilnehmern des 8. WAI-ZEI Studiengruppentreffens, das vom 18. bis 19. April 2016 in Praia, Cabo Verde, stattfand. Premierminister Neves unterstrich bei dieser Gelegenheit die hohe Bedeutung der guten Kooperation zwischen dem West Africa Institute (WAI) und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Er begrüßte zudem die Initiative beider Institute, durch die das panafrikanische Forschungsnetzwerk „African Regional Integration Studies Association“ (ARISA) am 19. April in Praia etabliert werden konnte. Das innovative ARISA Netzwerk will in den kommenden Jahren bestehende Forschungs- und Wissenslücken der regionalen Integrationsforschung in Afrika schließen, indem es Politik, Wissenschaft und Praxis in diesem Bereich vernetzt.

3. Angesichts der wachsenden Bedeutung regionaler Integration weltweit und im Lichte seines Arbeitsauftrages, unbewältigte Probleme der europäischen Integration und der Rolle Europas in der Welt zu analysieren, baute das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) ab 2005 ein Forschungsprojekt zum Thema „Vergleichende regionale Integration“ auf. Aus diesem weltweit angelegten Forschungsprojekt gingen im Laufe der nachfolgenden Jahre zahlreiche Sommerakademien sowie die Forschungs- und Beratungskoooperation „Vergleichende Regionale Integration in Westafrika und Europa“ mit dem West Afrika Institut (WAI) in Praia, Kapverden, hervor, welche in den Jahren 2010-2016 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen seiner Internationalisierungsstrategie als geistes- und sozialwissenschaftliches „Leuchtturmprojekt“ gefördert wurde. Das WAI ist das erste Forschungsinstitut seiner Art in Westafrika und bietet akademische Analysen, konkrete Politikberatung und die Verbreitung von Wissen über regionale Integrationsprozesse in Westafrika. Das gemeinsame ZEI-WAI Projekt diente insbesondere der Unterstützung des WAI bei Aufbau und Organisation der Forschungsarbeit sowie der gemeinsamen Analyse ausgewählter Politikfelder durch paritätisch besetzte bi-regionale Forschergruppen, auf deren Basis politische Entscheidungsträger sowie weitere „stakeholder“ regionaler Integrationsprozesse beraten wurden. Alle Forschungsergebnisse wurden im Rahmen des gemeinsamen Publikationsprogramms veröffentlicht. Dabei standen

insbesondere die Themengebiete „Regionale Integration und Politikformulierungsprozesse“, „Wirtschaftsintegration und regionaler Handel“ sowie „Institutionelles capacity development“ im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurden westafrikanische Postgraduierte als Stipendiaten im Master of European Studies – Governance and Regulation am ZEI ausgebildet. Zeitgleich unterstützte das ZEI den Aufbau einer auf Afrikanische Regionalintegration spezialisierten Bibliothek in der Nationalbibliothek der Kapverden sowie die Entwicklung des Masterprogramms in Afrikanischer Regionalintegration (MARI) von WAI und der Universität von Cabo Verde (UNI-CV). *Matthias Vogl/Rike Sohn, Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa. ZEI Forschungs Kooperation mit dem West Africa Institute (WAI) von 2007 bis 2016, ZEI Discussion Paper C 237/2016.*

4. Die Ergebnisse der gemeinsamen Forschung des Zentrum für Europäische Integrationsforschung und des West Africa Institute wurden von 2013 bis 2016 im Rahmen der „WAI-ZEI Paper“-Serie veröffentlicht. In dieser Zeitspanne wurden 33 WAI-ZEI Paper publiziert, darunter vier umfassende Sammelbände zu den Themen regionaler Handel und Währungsintegration, Migration und Zivilgesellschaft sowie multidimensionale Perspektiven und Nachhaltigkeit regionaler Integration. Die Sammelbände sind in den drei ECOWAS Sprachen Englisch, Französisch und Portugiesisch erhältlich. Die WAI-ZEI Paper spiegeln die Vorträge und Diskussionen der Studiengruppentreffen in Praia und Bonn wieder und leisten einen Beitrag zur Debatte über die effektive Gestaltung regionaler Integrationsbestrebungen und bi-regionaler Beziehungen.

René N’Guettia Kouassi, Plus de 50 Ans d’Intégration Africaine : Quel Bilan ?/More than 50 Years of African Integration: The State of Play, WAI-ZEI Paper Nr. 26, Praia/Bonn: 2016.

Der afrikanische Integrationsprozess ist historisch in der panafrikanischen Bewegung der afrikanischen Diaspora begründet. In Afrika fand die Bewegung sehr früh Unterstützung, was nach der Unabhängigkeit des Kontinents zur Gründung einer Reihe von Institutionen für regionale Integration führte. Hierbei nimmt die Organisation für Afrikanische Einheit (OAE), die im Jahr 2001 in die Afrikanische Union (AU) überführt wurde, eine prominente Rolle ein. Zudem entstanden verschiedene regionale Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) sowie zahlreiche zwischenstaatliche Institutionen mit dem alleinigen Zweck der wirtschaftlichen und politischen Integration des afrikanischen Kontinents.

Emmanuel Kam Yogo, Le Processus d’Intégration Regionale en Afrique Centrale : État des Lieux et Défis, WAI-ZEI Paper Nr. 27, Praia/Bonn: 2016.

Der Regionalismus in Afrika durchschritt verschiedene Phasen und unterlag zahlreichen Veränderungen. Anfänglich war Regionalismus durch die Unabhängigkeitsbewegungen auf dem Kontinent und einen panafrikanischen Diskurs geprägt, wodurch es zur Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) kam. Der Abnahme regionaler Integrationsdynamiken in den 1970er Jahren, verursacht unter anderem durch Krisen und unterschiedliche Ansätze afrikanischer Regierungschefs, folgten in den 1990er Jahren neue Impulse in der

regionalen Zusammenarbeit. Innerhalb des afrikanischen Kontinents, nimmt Zentralafrika eine Sonderstellung ein. Die Region bildet die physische Verbindung zwischen verschiedenen afrikanischen Integrationsräumen und verfügt mit seinen enormen Rohstoffvorkommen über ein hohes wirtschaftliches Entwicklungspotenzial. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das vorliegende WAI-ZEI Paper mit der regionalen Integrationsdynamik in Zentralafrika und geht auf die zwei Integrationsgemeinschaften in der Region ein: die Zentralafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECCAS) und die Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC). In diesem Zusammenhang werden die Herausforderungen für die Vertiefung und den Erfolg des Integrationsprozesses diskutiert.

Kocra L. Assoua, Unpacking the Relationship between Decentralization and Regional Economic Integration in Sub-Sahara Africa. Towards an Analytical Framework for Regional Governance, WAI-ZEI Paper Nr. 28, Praia/Bonn: 2016.

Seit der Demokratisierungswelle, welche über viele Entwicklungsländer hinweg gefegt ist, gibt es einen weltweiten Trend die Entwicklung lokaler Regierungen zu fördern und subnationalen Regierungen mehr Macht, Ressourcen und Verantwortlichkeiten zu übertragen. Paradoxerweise, wurden Prozesse regionaler Integration zeitgleich immer beliebter, insbesondere in Ländern südlich der Sahara. Das vorliegende WAI-ZEI Paper ist daher geleitet durch die Neugier bezüglich der Beziehung zwischen regionaler Integration und Dezentralisierung. Es befasst sich mit der Frage, ob Dezentralisierung und regionale Integration sich gegenseitig ergänzende Prozesse oder, im Gegenteil, widersprüchliche Tendenzen sind. Das Paper fasst die klassische theoretische Literatur zum Thema Dezentralisierung und regionale Integration zusammen, mit dem Ziel, einen analytischen Rahmen vorzuschlagen, welcher unser Verständnis der regionalen Wirtschaftsintegration, im Zusammenhang mit räumlichen und institutionellen Asymmetrien verbessert.

Manuel Guilherme Júnior, The COMESA-EAC-SADC Tripartite Free Trade Area – New Regionalism and Lessons from the EU, WAI-ZEI Paper Nr. 29, Praia/Bonn: 2016.

Das vorliegende WAI-ZEI Paper analysiert den regionalen Integrationsprozess in Afrika und legt einen besonderen Fokus auf das im Juni 2015 geschlossene Dreierabkommen zwischen der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) und dem Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA) und vergleicht es mit den Erfahrungen der Europäischen Union. Das Dreierabkommen umfasst 26 Länder des afrikanischen Kontinents und repräsentiert mit 600 Millionen Menschen fast die Hälfte der Bevölkerung des afrikanischen Kontinents. Damit ist es eines der Abkommen mit der größten regionalen Auswirkung und stellt einen wichtigen Schritt hinsichtlich der Verwirklichung der Afrikanischen Freihandelszone dar. Nichtsdestotrotz beinhaltete die Realisierung des Abkommens zahlreiche Zwischenschritte und musste auf Einschränkungen reagieren, welche sich durch die Doppelzugehörigkeit der Mitgliedstaaten zu verschiedenen Regionalorganisationen

ergaben und die das Erreichen der von den regionalen Organisationen vorgegebenen Ziele erschweren.

Wanyama Masinde/Chris Omolo, Key Factors of Capacity Development for Regional Integration in Africa, WAI-ZEI Paper Nr. 30, Praia/Bonn: 2016.

Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt durch ein weltweites Wiederaufleben von Regionalisierungsprozessen, die auch den afrikanischen Kontinent nicht unberührt ließen. Diese neue Welle des Regionalismus beinhaltet eine tiefere politische und wirtschaftliche Integration, die über die Freihandelsabkommen des traditionellen Regionalismus hinausgeht und ist durch weitaus komplexere und mehrdimensionale Prozesse und Institutionen gekennzeichnet. Das vorliegende WAI-ZEI Paper diskutiert den Prozess der afrikanischen Integration und analysiert die Hindernisse für eine tatsächliche Integration des Kontinents wie z.B. Unsicherheit und politische Instabilität, unzureichende regionale Infrastruktur, schwache institutionelle Kapazitäten und unterschiedliche nationale Herangehensweisen an regionale Kooperation. Afrikas Umgang mit diesen Faktoren wird bestimmen, ob das ultimative Ziel der afrikanischen Integration realisierbar sein wird: die Gründung einer Afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Solomon Gebreyohans Gebru, Regional Integration in the Horn of Africa: State of Affairs and Challenges, WAI-ZEI Paper Nr. 31, Praia/Bonn: 2016.

Insbesondere das Integrationsprojekt der Europäischen Union etablierte die regionale Zusammenarbeit als ein Mechanismus, durch den Staaten ihre Wirtschaft fördern und ihre soziale Konnektivität und Sicherheit verbessern können. Nach der Unabhängigkeit des afrikanischen Kontinents, erlebten regionale Vereinbarungen einen enormen Auftrieb, was zur Folge hatte, dass Afrika der Kontinent, mit der höchsten Dichte an regionalen Wirtschaftsgemeinschaften ist. Das vorliegende WAI-ZEI Paper präsentiert den aktuellen Stand und die Herausforderungen regionaler Integration am Horn von Afrika. Es stellt einen konzeptionellen Rahmen für Integration in der Region auf und beschreibt die Entstehung und Weiterentwicklung der regionalen Integration auf dem afrikanischen Kontinent, sowie den aktuellen Stand und die Herausforderungen der regionalen Integration innerhalb der Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) im Vergleich zu anderen afrikanischen regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs). Da das Horn von Afrika für heftige inter- und intrastaatliche Konflikte bekannt ist, scheint es nicht verwunderlich, dass viele der Aktivitäten der IGAD rund um das Thema Frieden und Sicherheit zentriert sind, während – im Vergleich zu anderen afrikanischen RECs – der Gesamtfortschritt der Integration in der IGAD-Region langsamer verläuft.

Michael Amoah Awuah, The ECOWAS Area without Internal Borders: Lessons from EU Cross-Border Mobility, WAI-ZEI Paper Nr. 32, Praia/Bonn: 2016.

Das vorliegende WAI-ZEI Paper bietet einen Überblick über die Literatur zu den Themen (afrikanische) Grenzen, Mobilitäts-Theorie und Grenzübergänge in Westafrika. Innerhalb dieses Rahmens werden elf Hypothesen für das bessere Verständnis offener Binnengrenzen und grenzüberschreitender Tätigkeiten im Rahmen regionaler Integrationsprozesse formuliert. Beginnend mit einer

Zusammenfassung der Definitionen aus den Theorien des (liberalen) Intergouvernementalismus, des Konstruktivismus und des neuen Regionalismus wird der konzeptionelle Rahmen für den anschließenden, beispielhaften Vergleich des Benelux-Schengen-Prozesses in der EU mit der Economic Community of West African States (ECOWAS) entwickelt.

Ablam Benjamin Akoutou/Ilva Ifland/Rike Sohn/Matthias Vogl, Sustainable Regional Integration in West Africa and Europe (erhältlich auch in Französisch (Intégration régionale durable en Afrique de l'Ouest et en Europe) und Portugiesisch (Integração Regional Sustentável na África Ocidental e na Europa), WAI-ZEI Paper Nr. 33, Praia/Bonn: 2016.

Das letzte in der Reihe erschienene WAI-ZEI Paper zeichnet als Projektbericht den Werdegang und die Nachhaltigkeit des Forschungsprojektes „Vergleichende Regionale Integration in Westafrika und Europa“ mit dem West Afrika Institut (WAI) in Praia, Kapverden, auf. Dieses einzigartige bi-regionale Projekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen seiner Internationalisierungsstrategie als geistes- und sozialwissenschaftliches „Leuchtturmprojekt“ gefördert. Die fruchtbare Kooperation zwischen ZEI und WAI diente der Analyse von Problemen und Faktoren der regionalen Integration in Westafrika, immer dabei auch die europäische Erfahrung miteinbeziehend. In den Jahren 2012 bis 2016 brauchte das die Kooperation zwischen ZEI und WAI europäische und westafrikanische Wissenschaftler mit unterschiedlichem background zusammen, um die Herausforderungen einer nachhaltigen regionalen Integration aus den unterschiedlichsten Perspektiven zu beleuchten. Auf dieser Basis konnten dann zunehmend auch politische Entscheidungsträger sowie weitere „stakeholder“ regionaler Integrationsprozesse beraten werden. Alle Forschungsergebnisse wurden im Rahmen des gemeinsamen Publikationsprogramms veröffentlicht. Dabei standen insbesondere die Themengebiete „Regionale Integration und Politikformulierungsprozesse“, „Wirtschaftsintegration und regionaler Handel“ sowie „Institutionelles capacity development“ im Mittelpunkt.

5. In den Jahren 2013 bis 2016 begleitete der „Regional Integration Observer“ (RIO) die Forschungsk Kooperation des Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) mit dem West Africa Institute (WAI) als Newsletter. In diesem Kontext berichtete der RIO über Neuigkeiten aus der Forschungsk Kooperation sowie über aktuelle Entwicklungen des regionalen Integrationsprozesses in Westafrika und in den Beziehungen zwischen Europa und Westafrika. Der RIO baute auf dem ZEI Regional Integration Observer auf, der am ZEI zwischen 2007 und 2012 publiziert wurde und kann auf der Homepage des ZEI heruntergeladen werden.

Die erste Ausgabe des Regional Integration Observer (RIO) im Jahr 2016 (Vol 4, No. 1, April 2016) widmet sich den Herausforderungen, denen sich (West)Afrika im Laufe des Jahres gegenüber sah. Im Hinblick auf die Flüchtlingssituation wird, abseits der europäischen Debatte, der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen Migrationsbewegungen auf afrikanische Länder und Gesellschaften haben. Zudem

wird ein kritischer Blick auf die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit in diesem Themenbereich geworfen. Weitere Artikel widmen sich der Implementierung der Sustainable Development Goals in Afrika sowie der Positionierung der EU als globaler Akteur. Zudem wird ein Fazit des von der Afrikanischen Union im Jahr 2015 ausgerufenen Jahres der Förderung von Frauenrechten (African Union's Year on Women's Empowerment) gezogen. Abschließend wird auf den aktuellen Stand des Masterprogramms in afrikanischer Regionalintegration, einer Kooperation des West Africa Institute (WAI) mit der Universität der Kap Verden, hingewiesen.

Die zweite Ausgabe des Regional Integration Observer (RIO) im Jahr 2016 (Vol. 4, No. 2, Juli 2016) widmet sich der Bestandsaufnahme des bi-regionalen Projekts „Nachhaltige regionale Integration: Die Europäische Union und Westafrika“ zwischen dem West Africa Institute (WAI) und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Das Projekt wurde im Zeitraum von 2012 bis 2016 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und brachte Wissenschaftler aus Westafrika und Europa zusammen, um Determinanten der regionalen Integration in Westafrika in den Bereichen Politik, Wirtschaft und institutionelle Entwicklung zu diskutieren und zu analysieren. Der RIO fasst die Ergebnisse und Erfolge des Projektes zusammen. So wurde zum Beispiel ein Master-Programm in afrikanischer regionaler Integration zwischen dem WAI und der Universität von Cabo Verde (UNI-CV) geschaffen, eine Stipendienkomponente für junge westafrikanischen Forscher eingeführt und die WAI-Bibliothek zu den Themen regionale Kooperation und Internationale Beziehungen gegründet. Zudem gibt der RIO einen Ausblick auf die neu gegründete African Regional Integration Studies Association (ARISA). Diese, den gesamten afrikanischen Kontinent umfassende Vereinigung, versammelt Wissenschaftler und Praktiker, mit dem Ziel das Wissen und die Kapazitäten der afrikanischen regionalen Integration auszubauen und zu vergemeinschaften.

Euro-Mediterrane Partnerschaft

Im Rahmen der langjährigen Kooperation des Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) mit der Mediterranean Academy for Diplomatic Studies (MEDAC) in Malta gab ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vom 4. bis 6. Januar 2016 ein Seminar zum Thema „Region Building“.

Am 14. April 2016 fand am ZEI in Bonn ein ZEI-MEDAC-Roundtable zum Thema „The Current Situation in the European Union and the Mediterranean“ statt. Seit 2007 führt das ZEI mit der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) in Malta Austausch- und Forschungsmaßnahmen durch. Diese beinhalten einen Austausch von Dozenten und gemeinsame Workshops mit Studenten der MEDAC und des ZEI Master of European Studies Program zu ausgewählten Problemen der Mittelmeerunion sowie die Entwicklung eines mehrjährigen Forschungsprojektes.

Lehre

ZEI Master of European Studies – Governance and Regulation

Die konstante Bewerberzahl und die Internationalität des Programms zeigen, dass der ZEI „Master of European Studies“ weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus etabliert ist: die insgesamt 30 ZEI-MES-Studierenden des 18. Jahrgangs 2015/16 (Oktober 2015 bis September 2016) kamen aus 22 unterschiedlichen Nationen; darunter waren Teilnehmer aus verschiedenen EU-Staaten, vom Balkan, aus Gambia, Ghana, Kolumbien, Indien und Australien. Der Anteil der deutschen Studenten lag bei etwa 10 Prozent. Alle ZEI-MES-Studierenden verfügten über einen universitären Bildungshintergrund der Fächer Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft und andere.

Zum Ende des 18. Programmjahres fand am 24. Juni 2016 die Abschlussfeier des MES statt. Die Festrede hielt der Botschafter a. D. der USA in Deutschland und Inhaber der Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Governance und internationale Sicherheit, Professor James D. Bindenagel. An der Feier nahmen rund 100 Gäste teil. Professor Bindenagel hob vor dem Hintergrund des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA die Bedeutung der Europäischen Union für die USA hervor. Auch sprach er sich für das Zustandekommen des transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) aus. Das Abkommen beseitige überflüssige Handelshemmnisse auf beiden Seiten des Atlantiks und schaffe damit auch neue Arbeitsplätze.

Das primäre Karriereziel war auch bei den Studierenden des 18. Jahrgangs ein Einstieg in ein internationales Umfeld: insbesondere bei den Institutionen der Europäischen Union, anderen internationalen Organisationen, nationalen Regierungen, Nicht-Regierungsorganisationen und schließlich global agierenden Wirtschaftsunternehmen. Mehrere Studierende bewarben sich erfolgreich bei der Europäischen Kommission in Brüssel und absolvierten dort Praktika.

Der extrem hohe Grad an Internationalität ist eine der zentralen Säulen, auf die sich der „Master of European Studies“ konzeptionell stützt. Neben der weltweiten Herkunft der Studierenden spiegelt sich dies auch in der internationalen Zusammensetzung der Fakultät: die 21 Dozentinnen, Dozenten, Trainerinnen und Trainer, die 2015/16 am ZEI unterrichteten, stammten aus acht Ländern Europas: Deutschland, Belgien, Großbritannien, Italien, Malta, den Niederlanden, Polen, Schweden und Ungarn. Die Unterrichtssprache Englisch vermittelt ein internationales Klima und entspricht der realen Arbeitssituation gerade in internationalen Organisationen. Die vielfältige nationale Zusammensetzung der Studentengruppe erlaubt das Arbeiten in multi-nationalen Arbeitsgruppen und Teams – eine wichtige Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag. Ebenso zentral ist für das ZEI die praxisnahe und anwendungsbezogene Vermittlung fundierter Fachkenntnisse. Auch im 18. Jahrgang beinhaltete das interdisziplinäre Curriculum des „Master of European Studies“ Unterrichtseinheiten zu den politischen,

ökonomischen und juristischen Grundlagen, die in sechs Grundkursen, 18 Spezialkursen sowie ergänzenden „Europa-Dialogen“ mit Experten aus der Praxis eingehend vertieft wurden. Insgesamt absolvierten die MES-Studierenden zwischen Oktober 2015 und Juni 2016 360 Stunden an Fachunterricht sowie ergänzende praktische Veranstaltungen und Workshops. Hierzu zählten unter anderem auch vier mehrtägige Exkursionen nach Brüssel, Straßburg/Luxemburg, Frankfurt/M. und Berlin im Umfang von insgesamt zwölf Tagen.

Im Oktober 2016 nahm der 19. Jahrgang mit 20 Studierenden aus 17 verschiedenen Ländern sein Studium im neu akzentuierten Studiengang am ZEI auf.

Universitäre Studiengänge

Professor Dr. Christian Koenig

Im Studienjahr 2015/2016 unterrichtete Prof. Dr. Christian Koenig im Rahmen des Master of European Studies die Veranstaltungen „Introduction to the EC Competition Law“ sowie „Regulation of European Core Markets and Liberalization of State Monopolies“.

Vorlesungsbegleitend betreute er insgesamt fünf Tutorien, u. a. zu den Grundlagen der Erstellung von Masterarbeiten, den Grundlagen und Methoden der Regulierung von Netzwirtschaften sowie praktischer Auswirkungen der Regulierungsinstrumente anhand konkreter Fälle.

An der Juristischen Fakultät lehrte Prof. Dr. Koenig im Sommersemester 2016 „Allgemeines Verwaltungsrecht“ und bot zudem ein Schwerpunkt-Seminar mit dem Titel „Die EU-beihilferechtlichen Anforderungen an die mitgliedstaatliche Förderung von Infrastrukturen und erneuerbaren Energien“ an. Im Wintersemester 2016/2017 lehrte Prof. Dr. Christian Koenig „Einführung in das Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht“ und die Übungen im Öffentlichen Recht.

Professor Dr. Ludger Kühnhardt

Im Rahmen des ZEI Masterprogramms unterrichtete Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Studienjahr 2015/2016 einen Grundkurs zum Thema „Governance in the EU: Historic Evolution and political system“ und im Studienjahr 2015/2016 einen Grundkurs, der sich mit dem Thema „European Integration: Development, Context, Interpretation“ befasste. Regelmäßig führte Prof. Dr. Kühnhardt Kolloquien für die Master-Examenskandidaten durch.

An der Universität Bonn führte Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Rahmen der grundständigen Lehre für den Master-Studiengang im Sommersemester 2016 das Seminar „EU-AKP-Beziehungen: Bilanz und Zukunftsperspektiven“ sowie das Seminar „Präsenz und Perzeption Europas in der Welt“ durch. Im Wintersemester 2016/2017 gab er das Seminar „Die Welt in Europa: Auswirkungen und Folgen

globaler Entwicklungen auf die EU“ für den Master-Studiengang und hielt eine Vorlesung zum Thema „Die Rolle Europas in der Welt“.

Daneben hielt Prof. Dr. Kühnhardt im Sommersemester 2016 und im Wintersemester 2016/2017 regelmäßig ein Kolloquium für Examenskandidaten ab. Prof. Dr. Kühnhardt betreute und begutachtete Bachelor- und Masterarbeiten und war Vorsitzender der Prüfungskommission bei einer Dissertation.

Im Rahmen seiner Sprechstunden stand Prof. Dr. Kühnhardt den Studenten des ZEI Masterprogramms und des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie zu regelmäßigen wöchentlichen Beratungsgesprächen zur Verfügung.

Im Wintersemester 2015/2016 hatte Prof. Dr. Kühnhardt ein Forschungsfreisemester.

Publikationen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEI veröffentlichen regelmäßig die Erträge ihrer Forschung in unterschiedlichen Formaten, wie Monographien, Artikel in Peer-Review-Zeitschriften sowie Zeitungsartikel und wirken in ZEI-eigenen Publikationsreihen mit. Partner des ZEI publizieren zu Themen des Regierens und Regulierens in der Europäischen Union in Schriftreihen des ZEI. Die ZEI Direktoren publizieren regelmäßig, geben Bücher heraus und sind Mitherausgeber von Zeitschriften.

„ZEI Discussion Paper“ richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfassten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Sie erscheinen sechsmal jährlich und werden weltweit versandt.

„WAI-ZEI Paper“ analysieren die Hindernisse eines nachhaltigen regionalen Integrationsprozesses in Westafrika. Sie erschienen von 2013 bis 2016 in Kooperation mit dem West Africa Institute in Praia/Kap Verde im Rahmen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten WAI-ZEI Forschungsk Kooperation. Daneben berichtete der Regional Integration Observer (RIO) über Fortschritte und aktuelle Entwicklungen der Kooperation.

ZEI Direktor Professor Ludger Kühnhardt ist Herausgeber der „Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung“ im Nomos-Verlag, Baden Baden, dem führenden deutschen Verlag im Bereich der politikwissenschaftlichen Europaforschung. Die Bände dieser Schriftenreihe behandeln grundlegende Fragen zur europäischen Integration und zur Entwicklung Europas in der Welt.

ZEI Direktor Professor Christian Koenig ist Mitherausgeber mehrerer rechtswissenschaftlicher Zeitschriften. Die national wie international angesehenen Zeitschriften behandeln grundsätzliche und sektorspezifische Themen des europäischen Wettbewerbsrechts und der Regulierungsfragen von Netz-basierten Industrien.

ZEI dokumentiert die Ergebnisse seiner Forschung zur laufenden Arbeit der europäischen Institutionen in folgenden institutseigenen Schriftenreihen:

Der „ZEI Future of Europe Observer“ begleitet die europäische Politik mit Analysen und Projektionen. Der „FEO“ wird drei Mal im Jahr veröffentlicht und befasst sich in jeder Ausgabe mit einem spezifischen Aspekt des Regierens und Regulierens in der EU. Die Autoren sind ZEI Wissenschaftler, Fellows und Alumni des Master of European Studies Program.

ZEI Insights bieten Kommentare und kritische Analysen zu Entwicklungen des Regierens und Regulierens im Kontext der zehn Prioritäten der Europäischen Kommission und ihres Zusammenwirkens mit dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat. Verfasst werden die „ZEI Insights“ von ZEI Wissenschaftlern, Fellows und Alumni des Master of European Studies Program.

ZEI-interne Publikationen 2016

ZEI Discussion Paper

Carla Manzanás, Movement, Security and Media, ZEI Discussion Paper C233/2016.

Rike Sohn, EU environmental policy and diplomacy from Copenhagen to Paris and beyond, ZEI Discussion Paper C234/2016.

Ludger Kühnhardt, Maturing beyond Cotonou: An EU-ACP Association Treaty for Development, ZEI Discussion Paper C235/2016.

James D. Bindenagel, America and Europe in the Twenty-first Century, ZEI Discussion Paper C236/2016.

Matthias Vogl/Rike Sohn, Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa, ZEI Discussion Paper C237/2016.

Matteo Scotto, The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), ZEI Discussion Paper C238/2016.

WAI-ZEI Paper

René N'Guettia Kouassi, Plus de 50 Ans d'Intégration Africaine : Quel Bilan ?/More than 50 Years of African Integration: The State of Play, WAI-ZEI Paper Nr. 26, Praia/Bonn: 2016.

Emmanuel Kam Yogo, Le Processus d'Intégration Regionale en Afrique Centrale : État des Lieux et Défis, WAI-ZEI Paper Nr. 27, Praia/Bonn: 2016.

Kocra L. Assoua, Unpacking the Relationship between Decentralization and Regional Economic Integration in Sub-Sahara Africa. Towards an Analytical Framework for Regional Governance, WAI-ZEI Paper Nr. 28, Praia/Bonn: 2016.

Manuel Guilherme Júnior, The COMESA-EAC-SADC Tripartite Free Trade Area – New Regionalism and Lessons from the EU, WAI-ZEI Paper Nr. 29, Praia/Bonn: 2016.

Wanyama Masinde/Chris Omolo, Key Factors of Capacity Development for Regional Integration in Africa, WAI-ZEI Paper Nr. 30, Praia/Bonn: 2016.

Solomon Gebreyohans Gebru, Regional Integration in the Horn of Africa: State of Affairs and Challenges, WAI-ZEI Paper Nr. 31, Praia/Bonn: 2016.

Michael Amoah Awuah, The ECOWAS Area without Internal Borders: Lessons from EU Cross-Border Mobility, WAI-ZEI Paper Nr. 32, Praia/Bonn: 2016.

Ablam Benjamin Akoutou/Ilva Ifland/Rike Sohn/Matthias Vogl, Sustainable Regional Integration in West Africa and Europe (erhältlich auch in Französisch (Intégration régionale durable en Afrique de l'Ouest et en Europe) und Portugiesisch (Integração Regional Sustentável na África Ocidental e na Europa), WAI-ZEI Paper Nr. 33, Praia/Bonn: 2016.

Regional Integration Observer (RIO)

Rike Sohn/Ilva Ifland/Benjamin Akoutou (eds.), Regional Integration Observer, Vol. 4, No. 1, April 2016.

Rike Sohn/Ilva Ifland/Benjamin Akoutou (eds.), Regional Integration Observer, Vol. 4, No. 2, Juli 2016.

Future of Europe Observer (FEO)

Thomas Panayotopoulos/Robert Stüwe (eds.), Future of Europe Observer, Vol. 4, No. 1, April 2016.

Thomas Panayotopoulos/Robert Stüwe (eds.), Future of Europe Observer, Vol. 4, No. 2, Juni 2016.

Thomas Panayotopoulos/Robert Stüwe (eds.), Future of Europe Observer, Vol. 4, No. 3, November 2016.

ZEI Insights

Katharina Boldt, A new direction in the EU's fight against terrorism, ZEI Insights, No. 34, January 2016.

Robbert Jaspers, When data travels: The Commission's objective of making EU data protection travel across the Atlantics, ZEI Insights, No. 35, February 2016.

Henri de Waele, EU Institutional Governance: Exploiting the Potential for Democratic Reform, ZEI Insights, No. 36, March 2016.

Robert Stüwe, The EU Commission's Energy Security Package: A Challenge To Russia's Gas Dominance, ZEI Insights, No. 37, April 2016.

Sarah Gansen, Brexit: What is at stake for the single market, ZEI Insights, No. 38, May 2016.

Ilva Ifland, The Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy: A new framework for a more connected, contested and complex world? ZEI Insights, No. 39, June 2016.

Ludger Kühnhardt, Managing the Forces of European Populism: The next election to the European Parliament in May 2019 may become the first pan-European referendum, ZEI Insights, No. 40, July 2016.

Marvin Cuschieri, Skills mismatches in the EU: A perpetual impasse? ZEI Insights, No. 41, August 2016.

Malin Berg von Linde, The EIB and European Cohesion Policy: An effective trade-off between growth and convergence, ZEI Insights, No. 42, August 2016.

Wilson Chou, How has the EU Reacted to the Rise of China? ZEI Insights, No. 43, September 2016.

Adam Ryckaert, Trump and TTIP. Consequences for TTIP after the US elections, ZEI Insights, No. 44, November 2016.

Ignatius Oli, The EU and the burden of Refugee Resettlement, ZEI Insights, No. 45, December 2016.

Alle genannten ZEI Publikationen können auf der Homepage des ZEI (www.zei.de) heruntergeladen werden.

Aufsätze in ZEI Publikationen

Kühnhardt, Ludger, The tropical shock waves of the Brexit vote, in: Future of Europe Observer, Bonn: Center for European Integration Studies, Vol. 4, No. 3, November 2016, Seite 7ff.

Panayotopoulos, Thomas/Stüwe, Robert, Conclusion, in: Future of Europe Observer, Vol. 3, No. 3, December 2015, Seite 12.

Sohn, Rike, Africa's Role in UN Climate Negotiations, in: Regional Integration Observer, Vol. 3, No. 3, December 2015, Seite 8-9.

Externe Publikationen der ZEI-Mitarbeiter

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Aufsätze in Printmedien und Internet

Ghazarian, Lucyne/Koenig, Christian, Anrechenbarkeit tierfetthaltiger Fette und Öle auf die THG-Quote und die Pflicht zur Anerkennung der Massenbilanzierung nach der EE-RL, in: *Zeitschrift für Stoffrecht (StoffR)*, 6/2015, Seite 1–8.

Koenig, Christian/Ghazarian, Lucyne, Mitgliedstaatliche Grenzen bei der Bestimmung THG-quotenerfüllender Biomasse, in: *Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht (EurUP)*, 1/2016, Seite 148-150.

Koenig, Christian, Einbindung des Glücksspielkollegiums in die ordnungsrechtlichen Sanktionsverfahren der Länder und andere unionsrechtliche Stolpersteine beim Financial Blocking gegen Online-Casinospiele, in: *Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht (ZfWG)*, 1/2016, Seite 2-7.

Koenig, Christian/Muschiol, David, Zu guter Letzt... regulatorische Reflexe auf den Abwegen der Immaterialgüterrechte, in: *Netzwirtschaften & Recht (N&R)*, 2/2016, letzte Seite.

Koenig, Christian/Meyer, Matti, Genehmigungsfähigkeit der regulierten Elemente des Produktes „E-POSTBRIEF“ trotz Preis-Kosten-Scheren?, in: *Netzwirtschaften & Recht (N&R)*, 2/ 2016, Seite 98-103.

Koenig, Christian, Zu guter Letzt ...Postwendende Reform – Jetzt!, in: *Netzwirtschaften & Recht (N&R)*, 3&4/2016, letzte Seite.

Koenig, Christian/Jäger, Anja, EU-rechtskonforme Optionen zur Neuordnung der Regulierung der (digitalen) Glücksspielwirtschaft in Deutschland, in: *Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht (ZfWG)*, 5/2016, Seite 286-292.

Koenig, Christian, Zu guter Letzt ... sind die Ermessensspielräume der Bundesnetzagentur bei der Maßstabsfindung für die Regulierung der Mobilfunkterminierungsentgelte größer als angenommen!, in: *Netzwirtschaften & Recht (N&R)*, 5/2016, letzte Seite.

Koenig, Christian, Entflechtungszertifizierung von grenzüberschreitenden Elektrizitäts-Verbindungsleitungen-Einzelzuständigkeit der Regulierungsbehörde des Sitzmitgliedstaates als Anker der gegenseitigen Anerkennung?, in: *Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft (EnWZ)*, 11/2016, Seite 501-507.

Bücher und Monographien

Haratsch, Andreas/Koenig, Christian/Pechstein, Matthias, *Europarecht*, 10. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Tübingen: Mohr Siebek Verlag, 2016, 764 Seiten.

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Aufsätze in Printmedien und Internet

Kühnhardt, Ludger, Is there a political philosophy in the European Union?, in: *Dialogue and Universalism*, Warschau, No. 2/2016, Seite 7ff.

Kühnhardt, Ludger, Obama, Merkel, and the questions nobody asked, in: *Wilson Quarterly*, Winter 2016, online unter: wilsonquarterly.com/quarterly/the-post-obama-world/obama-merkel-and-the-questions-nobody-asked/ (23. Februar 2016).

Kühnhardt, Ludger, Deutschland, zwei Europas und die Atlantische Zivilisation, in: Tilman Mayer (Hrsg.), *In der Mitte Europas. Deutschlandforschung aus nationaler und internationaler Perspektive*, Berlin 2016, Seite 47ff.

Kühnhardt, Ludger, Nanminchao Biaoming Oumeng Yijing Shiqu Zhengzhi Kongzhili (Die Flüchtlingskrise hat den Verlust der EU an politischer Kontrollkraft gezeigt), in: *Guancha*, Shanghai, 6. März 2016, online unter: www.guancha.cn/LudgerKuhnhardt/2016_03_06_353080.shtml.

Kühnhardt, Ludger, Yingguo Tuiou, Shi Beiju Haishi Xiju? (Brexit: eine Tragödie oder Komödie?), in: *China Social Science Newspaper*, April 14, 2016, online unter: www.cssn.cn/sjs/sjs_rdjj/201604/t20160414_2966304.shtml.

Kühnhardt, Ludger, Interview: Lo stato dell'Unione: Ricominciamo?, in: *Tracce*, Mailand, Juni 2016, Seite 11ff.

Kühnhardt, Ludger, Oumeng Renwei you liangge Shijie Zhongxin, yige shi ziji, yige shi Zhongguo (Die EU glaubt, dass es zwei Weltzentren gibt, das eine ist die EU selbst, das andere ist China), in: *Guancha*, Shanghai, 13. Juni 2016, online unter: www.guancha.cn/LudgerKuhnhardt/2016_06_13_363712.shtml

Kühnhardt, Ludger, Respekt vor Biographien: Die deutschen Universitäten im Einigungsprozess. Reflexion der Jahre in Jena (1990-1992), in: Matthias Steinbach/Michael Ploenus (Hrsg.), *Erinnerung sichtbar machen. Braunschweiger Vorträge zur Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands 2009/2010*, Frankfurt, 2016, Seite 125ff.

Kühnhardt, Ludger, Managing the forces of European populism, in: *The Globalist*, 19. July 2016, online unter: www.theglobalist.com/managing-the-forces-of-european-populism; auch als: ZEI Insight, No. 40/Juli 2016, online unter: www.zei.uni-bonn.de/bilder/grafiken/kuehnhardt_40.

Kühnhardt, Ludger, Nachruf Karl Dietrich Bracher: Der die Geschichte kennt, in: *Frankfurter Allgemeine*, FAZ.NET, 21. September 2016, online unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/zum-tod-des-historikers-und-politikwissenschaftlers-karl-dietrich-bracher-14444824.html>.

Kühnhardt, Ludger, Nachruf Hans-Adolf Jacobsen: Militärisch für den Frieden, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 292, 14. Dezember 2016.

Stüwe, Robert, Der (junge) deutsch-ungarische Blick auf Europa“, 6. November 2016, in: *Budapester Zeitung*, online unter: <https://www.budapester.hu/2016/11/06/der-junge-deutsch-ungarische-blick-auf-europa>.

Veranstaltungen

Konferenzen und Seminare

14. April 2016

ZEI-MEDAC Workshop zum Thema „Enhancing education in the Arab transformation process“, in Kooperation mit der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC), Malta.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn.

18./19. April 2016

8. Studiengruppentreffen des WAI-ZEI Kooperationsprojekts „Vergleichende regionale Integration: Europäische Union und Westafrika“.

West Africa Institute (WAI), Praia/Kap Verde.

07. Oktober 2016

Postlizenznehmerforum, Vorträge zur Vergabe von Postdienstleistungen mit Teilnehmern aus dem Postsektor und Regulierungsbehörden.

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn.

Vorträge, Interviews, Konferenzteilnahmen, Feldforschung

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Prof. Dr. Christian Koenig

21. Januar 2016

ECO Neujahrsempfang

Eco Kubus, Köln

12. Februar 2016

Vortrag: „Beihilfen in der Insolvenz“

Norddeutsches Insolvenzforum, Hamburg

19. Februar 2016

Chairman

State Aid Conference, Paris

25. Februar 2016

Impulsvortrag: „Rechtliche Optionen für eine funktionsfähige Online-Glücksspielordnung in Deutschland“

Eco Fachtagung, Berlin

29. Februar 2016

Regulierungskonferenz

Hotel Petersberg, Bonn

14.-16. Juni 2016

Vorsitz Session II, Vortrag: „Beihilfen in der Insolvenz“

Euroforum, Berlin

06. Oktober 2016

Arbeitskreis Kartellrecht

Hotel Kanzler, Bonn

14. Oktober 2016

Vortrag: „Unionsrechts und verfassungskonforme Regulierung und Überwachung der (digitalen) Glücksspielwirtschaft in Deutschland.“

Glücksspielrechtstagung, Frankfurt

09. November 2016

Konferenz Bundesnetzagentur

Berlin

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Ilva Ifland

18./19. April 2016

8. WAI-ZEI Studiengruppentreffen, Thema „Migration“

West Africa Institute (WAI), Praia, Cabo Verde

28./29. April 2016

Teilnahme am zweiten Symposium des West Africa Peace and Security Network (WAPSN) zum Thema „Friedenseinsätze in Westafrika“

Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC), Accra, Ghana

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

04.-06. Januar 2016

Seminar zum Thema Region-Building an der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC), Malta.

Malta

8. Januar 2016

Teilnahme Workshop „Universalismus“.

Bonn

15. Januar 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Neue Regierung – neues Polen?“

Bonn

18.-20. Januar 2016

Seminar zum Thema „Region-Building“.

Katholische Universität, Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali, Mailand

21.-23. Januar 2016

Board Meeting European Humanities University.

Vilnius

01.-03. Februar 2016

Seminar zum Thema „Region-building“.

Diplomatische Akademie, Wien

12. Februar 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Deutsch-polnische Begegnung/EU-Finanzminister zum Grenzschutz“.

Bonn

16. Februar 2016

Podiumsteilnahme zum Thema „Migrationskrise“.

Katholische Akademie Wolfsburg, Neuss

16. Februar 2016

Europa und die Flüchtlinge. Wie können Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen? Gespräch mit Armin Laschet, MdL.

Augustinusforum, Neuss

(Online unter: www.youtube.com/watch?v=jQSRyozguc0&feature=youtu.be)

17. Februar 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Merkels Regierungserklärung vor dem Europäischen Rat: Flüchtlingsagenda“.

Bonn

18. Februar 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Vor dem Europäischen Rat zu Großbritanniens Forderungen zum Verbleib in der EU und zur Migrationsfrage“.

Bonn

19. Februar 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Nach dem Europäischen Rat zu Großbritanniens Forderungen zum Verbleib in der EU und zur Migrationsfrage“.

Bonn

21. Februar-18. März 2016

Gastprofessur: The European Union – Development and Current Challenges (Vorlesung/Seminar).

Tongji Universität, Zentrum für Deutschlandstudien, Shanghai

26. Februar 2016

Vortrag: „The EU facing the world – current crises and the future of the EU“.

Shanghai Center for European Studies, Shanghai

02. März 2016

Vortrag: „Deutschland und die europäische Flüchtlingskrise“.

Tongji Universität, Zentrum für Deutschlandstudien, Shanghai

08. März 2016

Vortrag: „The EU refugee crisis in global perspective“.

Fudan University, Center for European Studies, Shanghai

09. März 2016

Vortrag: „One Road, One Belt-Initiative und die chinesisch-europäischen Beziehungen“.

Tongji Universität, Zentrum für Deutschlandstudien, Shanghai

10. März 2016

Round table: „The EU and a possible Brexit“.

Shanghai Center for European Studies , Shanghai

16. März 2016

Vortrag: „Root causes of the global refugee crisis“.

Shanghai International Studies University (SISU), Shanghai-Sonjiang

21. März 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Nach dem EU-Türkei-Abkommen zur Legalisierung von Flüchtlingsströmen“.

Bonn

23. März 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Folgerungen aus den Terroranschlägen von Brüssel“

Bonn

30. März 2016

ACP-EU Round Table Vortrag: „A new development paradigm“.

Secretariat ACP, Brüssel

07./08. April 2016

Panel-Leitung: „New security challenges“.

Deutsch-Atlantische Gesellschaft, Berlin

16.-20. April 2016

Teilnahme am 8. WAI-ZEI Study Group Meeting.

West Africa Institute (WAI), Praia, Kap Verde

25. April 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Rechtspopulismus auf dem Vormarsch in Europa – FPÖ in Österreich, AFD in Sachsen-Anhalt“.

Bonn

29. April 2016

Teilnahme Workshop zum Universalismus-Problem.

Institut für Geschichte, Universität Bonn

03. Mai 2016

Teilnahme am Karlspreis-Forum .

Aachen

08. Mai 2016

Vortrag: „Europa – Idee in der Bewährung“.

Europäisches Kulturzentrum, Plötz

07. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Vorschlag für einen EU-Migrationsplan“.

Bonn

14. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Großbritannien vor dem EU-Referendum“.

Bonn

16. Juni 2016

Vortrag zur „Lage der EU“.

Deutsch-Ungarische Gesellschaft, Sankt Augustin

18. Juni 2016

Gespräch zu den EU-US-Beziehungen mit US-Ambassador Tony Gardner.
Brüssel

23. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Großbritannien entscheidet“. 2016.
Bonn

24. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Großbritannien votiert für EU-Austritt“.
Bonn

07./08. Juli 2016

Studientag: Varus-Schlacht-Museum Kalkriese (Expedition XXV).
Bad Iburg

20. Juli 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Die Türkei nach dem Putschversuch – Die britische Premierministerin Theresa May erstmals im Unterhaus“.
Bonn

01.-18. September 2016

Feldforschung zu den EU-AKP-Beziehungen im Bereich CARICOM und OECS (Organization of Eastern Caribbean States).
Martinique, Guadeloupe, Dominica, Antigua and Barbuda, St. Kitts and Nevis, Montserrat, St. Martin, St. Barthelemy, Anguilla, Eustatius, St. Saba, British Virgin Islands, US Virgin Islands, Puerto Rico

08. September 2016

Vortrag vor leitenden Beamten zum „Brexit“.
Ministry of International Trade, Basseterre, St.Kitts and Nevis

22. September 2016

Vortrag: „Europa – Idee in der Bewährungsprobe“.
Budapest Eötvös-Lorant-Universität

23. September 2016

Forum Mitteleuropa , Vortrag: „Miteinander in Europa“.
Budapest

24. September 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Wien-Gipfel zur Balkanroute“.
Bonn

03. Oktober 2016

Wasserwerkgespräche der Konrad-Adenauer-Stiftung, Podiumsdiskussion zur deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung.
Bonn

05. Oktober 2016

Vortrag zur „Lage in der EU“.

Rhein-Sieg-Gymnasium, Sankt Augustin

26. Oktober 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „EU-Kanada-Abkommen CETA vor dem Aus“.

Bonn

30. Oktober 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „EU-Kanada-Handelsabkommen unterzeichnet“.

Bonn

22. November 2016

Teilnahme Roundtable: „Transatlantic security after the election of Trump“.

Center for Global Security, Bonn

24. November 2016

Vortrag zur „Lage in der EU“.

Katholische Studentenverbindung Arminia, Bonn

25. November 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Europäisches Parlament: Martin Schulz geht nach Berlin – Türkei-Verhandlungen sollen suspendiert werden“.

Bonn

05. Dezember 2016

Studiogespräch bei Phoenix: „Ein grüner Präsident für Österreich – Renzi tritt nach Referendum zurück“.

Bonn

07. Dezember 2016

Teilnahme Roundtable: „Europa der Regionen“.

Bonner Akademie für Praktische Politik , Bonn

12. Dezember 2016

Studiogespräch bei Phoenix (Vor Ort und der Der Tag): „Neuer Anschlag in der Türkei – EU Außenminister zu EU-Türkei-Beitrittsverhandlungen“.

Bonn

16. Dezember 2016

Studiogespräch bei Phoenix (Vor Ort und der Der Tag): „Griechische Staatsschuldenkrise ist zurück – Doppelte Staatsbürgerschaft ist umstritten“.

Bonn

17. Dezember 2015

Studiogespräch bei Phoenix (Der Tag): „EU-Ratstreffen zum Aufbau eines europäischen Grenzschutzes“.

Bonn

Thomas Panayotopoulos

14. April 2016

Organisation des ZEI-MEDAC-Workshop zum Thema „ The Future of Europe“ in Kooperation mit der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC), Malta. Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

15.-17. April 2016

Teilnahme an der Konferenz „GLOBSEC 2016 Bratislava Global Security Forum“ der Slowakischen Atlantischen Kommission (Mitglied des Central European Strategy Council) in Kooperation mit dem Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik und der Präsidentschaft der Tschechischen Republik in der Visegrad Gruppe

Bratislava/Slowakei

27. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix (Vor Ort): Pressekonferenz mit Merkel, Renzi und Hollande nach Gesprächen zum Brexit.

Bonn

29. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix (Vor Ort): „Brexit/ EU-Gipfel in Brüssel“.

Bonn

29. Juni 2016

Studiogespräch bei Phoenix (Der Tag): „Brexit/ EU-Gipfel in Brüssel“.

Bonn

11. Juli 2016

Studiogespräch bei Phoenix (Vor Ort): „Brexit/Treffen der Euro-Gruppe“.

Bonn

28.-30. Oktober 2016

Teilnahme an der Konferenz „GLOBSEC Tatra Summit: Shaping the Future of Europe“ während der slowakischen EU Ratspräsidentschaft in Kooperation mit dem slowakischen Finanzministerium, dem Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten und dem slowakischen Wirtschaftsministerium.

Bratislava/Slowakei

Robert Stüwe

26. Oktober 2016

Podiumsreferat „Leitinitiativen der Europäischen Kommission zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU“, 26. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums (Veranstalter: Institut für Europäische Politik).

Budapest

26. Oktober 2016

Podiumsdiskutant auf dem Panel „Wettbewerbsfähigkeit Europas: Neue Wege und Konzepte – gemeinsame Potentiale“, 26. Jahrestagung des Deutsch-Ungarischen Forums (Veranstalter: Institut für Europäische Politik).

Budapest

25. Oktober 2016

Mitarbeit beim 6. Jungen Deutsch-Ungarischen Forum in der Arbeitsgruppe „Energie- und Klimapolitik“.

Budapest

Rike Sohn

16.-20. April 2016

Teilnahme an der WAI-ZEI Projekt-Abschlusskonferenz.

West Africa Institute, Praia/Kap Verde

Mitarbeiter und Fellows

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Leitung: Professor Dr. Christian Koenig

Professor Dr. Christian Koenig hatte vom 1. Oktober 2014 bis zum 30. September 2016 die Geschäftsführung des ZEI inne.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Beate Förtsch	seit 21.09.2009
Dr. Matti Meyer	01.01.2011-31.07.2016
Lucyne Ghazarian	seit 01.01.2013
Franziska Schramm	seit 01.01.2013
Veronika Koch	seit 01.04.2016

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Birgit Löckenhoff	seit 01.11.2011
-------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

David Muschiol	01.10.2013-31.08.2016
Anja Jäger	15.02.2014-31.07.2016
Vincent Schnell	01.04.2014-30.06.2016
Bettina Braun	seit 01.01.2015
Pia Gretenkort	15.07.2015-31.07.2016
Carl Prior	seit 01.10.2015
Amelie Santüns	01.10.2015-30.09.2016
Thayna Hensen	seit 01.10.2016
Katharina Hennemann	seit 15.10.2016
Katharina Nolte	seit 15.10.2016
Beatrice Wilden	seit 01.11.2016

Senior Fellows/ZEI Lecturer

Volker Bache, Richter am Landgericht, Bonn
Marin Busch, CBH Rechtsanwälte, Bonn
Dr. Matti Meyer, Postcon, Ratingen
Dr. Andreas Bartosch, KRB Kemmler Rapp Böhlke, Brüssel
Roland Doll, Deutsche Telekom, Bonn
Johanna Engström, European Commission, DG Justice, Unit B-1, Brüssel
Dr. Lukas Ernst, Clifford Chance Deutschland LLP, Düsseldorf
Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn
Mara Hellstern, Justizdienst Land Hessen, Kassel
Robbert Jaspers, PwC Luxembourg
Tobias Katzschmann, Bundesnetzagentur, Bonn

Robert Klotz, Hunton & Williams, Brüssel
Dr. Alexander Koch, IRNIK, Bonn
Prof. Dr. Jürgen Kühling, Universität Regensburg
Nils H. Lemberg, Landgericht Köln
Dr. Eva-Maria Müller, Humboldt-Universität, Berlin
Andreas Neumann, IRNIK, Bonn
Dr. René Alexander Pfromm, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Dr. Marion Romes, Deutsche Telekom AG, Bonn
Karolina Rokicka, Academy of European Law (ERA), Trier
Prof. Dr. Werner Rothengatter, Universität Karlsruhe
Dr. Margret Schellberg, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Dr. Kristina Schreiber, Loschelder Rechtsanwälte Köln
Dr. Christian Theobald, Becker Büttner Held, Berlin
Dr. Thomas Tschentscher, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Düsseldorf

Doktoranden

Jens Daniel Braun, Thema: „Das deutsche Atomhaftungsrecht auf dem Prüfstand des EU-Beihilfenrechts“.

Fabian Leinen, Thema: „Entflechtungsvorgaben im Recht der leitungsgebundenen Netzwirtschaften - Eine sektorenübergreifende Untersuchung“.

Tobias Katzschmann, Thema: „Regulierungsrechtliche Auskunftsansprüche der Bundesnetzagentur de lege lata und de lege ferenda“.

Nils Lemberg, Thema: „Die wettbewerbsrechtliche Bewertung von Rabatten unter besonderer Berücksichtigung des Postsektors“.

Tobias Klemm, Thema: „Die bundeseinheitliche Glücksspielbehörde im europäischen Binnenmarkt und in der föderalen Verfassungsordnung - Überlegungen zu einer europa- und verfassungsrechtskonformen Neuordnung der Glücksspielaufsicht in Deutschland“.

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Leitung: Professor Dr. Ludger Kühnhardt

Professor Dr. Ludger Kühnhardt hat vom 1. Oktober 2016 bis zum 30. September 2018 die Geschäftsführung des ZEI inne.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Ilva Ifland	25.01.-31.07.2016
Thomas Panayotopoulos	seit 02.01.2015
Rike Sohn	02.01.2013-31.07.2016
Robert Stüwe	seit 01.10.2015
Sally Watkins	seit 01.10.2013

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Ingrid Maldonado	seit 01.01.2000
------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Katharina Boldt (MES)	seit 02.01.2014
Mariam Eichbüchler (MES)	01.12.2014-31.03.2016
Laura Siebert (MES)	seit 02.01.2016
Kaya Richter (WAI)	02.01.2015-31.08.2016
Michelle Scherer (WAI)	01.03.-31.07.2016
Laura-Jane Cremer	01.04.2015-31.03.2016
Michelle Scherer	01.09.-04.11.2016
Merit Thummes	16.02.2015-31.06.2016
Anna Verwey	seit 17.05.2016

Senior Fellows/ZEI Lecturer

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University Ankara, Türkei
Dr. Stephen Calleya, Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, Malta
Richard Crowe, European Parliament, Brussels
Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Universität Nürnberg-Erlangen
Prof. Dr. Michael Gehler, Institut für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim
Prof. Dr. Peter van Ham, Netherlands Institute of International Relations, Den Haag
Dr. Klaus-Jörg Heynen, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn (a.D.)
Prof. Dr. Martin Holland, University of Canterbury
Prof. Dr. András Inotai, Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest
Dr. Wolfram Kaiser, Universität Portsmouth
Prof. Dr. Brigid Laffan, University College Dublin
Dr. Andreas Marchetti, politik-atelier, Bonn
Prof. Dr. Carlo Masala, Universität der Bundeswehr, München
Prof. Dr. Tilman Mayer, Universität Bonn

Prof. Dr. Volker Nitsch, Darmstadt University of Technology
Prof. Dr. Neill Nugent, Manchester Metropolitan University
Prof. Dr. Ryszard Rapacki, Warsaw School of Economics, Warsaw
Dr. Dirk Rohtus, Lessius Hogeschool Antwerpen
Prof. Dr. Gert Straetmans, Universität Antwerpen
Prof. Dr. Daniel Tarschys, Universität Stockholm
Prof. Dr. John A.E. Vervaele, Universität Utrecht
Prof. Dr. Henri de Waele, Radboud University Nijmegen

Visiting Senior Fellows

Ass. Prof. Natalia Chaban
University of Canterbury, National Centre for Research on Europe
Projekt: EU und NATO Global Perceptions/Normative Power Europe: EU External Outreach and International Identity

Prof. Dr. Martin Holland
University of Canterbury, National Centre for Research on Europe
Projekt: European Political Research

Dr. Kun Hu
Institute of European Studies, Chinese Academy of Social Sciences, Peking
Projekt: Aufbau und Verbesserung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Kontext der Euro-Krise”

Prof. Dr. Matti Wiberg
University of Turku, Finland
Projekt: European Political Research

Junior Fellows/Doktoranden

Michael Amoah Awuah
Promotionsprojekt: Rationale for Energy Governance in West Africa: Potential and Obstacles.

Carola Gegenbauer
Promotionsprojekt: Energiepolitik und der europäische Integrationsprozess – EU Energiepolitik von der Gründung der EGKS bis zur Roadmap 2050.

Thorsten Kim Schreiweis
Promotionsprojekt: Island und die Europäische Union. Eine Studie zur Erweiterung, Vertiefung und Integration der EU.

Malte Tim Zabel
Promotionsprojekt: Die Europäische Vertrauensfrage – Entwicklung und Facetten des Euroskeptizismus und seine Ausprägung in ausgewählten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Kooperationspartner des ZEI

Auswärtiges Amt, Berlin

Becker Büttner Held, Berlin

Bilkent Universität, Ankara

Brehm & v. Moers, Berlin

BUGLAS

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Internationales Büro

Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

Bundesnetzagentur

Bundesverband Glasfaseranschluss e.V. (BUGLAS)

CAN (General Secretariat of the Andean Community)

CARICOM (Caribbean Community and Common Market)

CEFIR (Centro de Formación para la Integración Regional), Montevideo, Uruguay

Center for European Studies, Sichuan University, China

Center for Modern Management, Shanghai

Centre Interdisciplinaire De La Recherche Comparative En Sciences Sociales, Paris

CMS Hasche Sigle, Berlin

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Deutsche Telekom AG

ECOWAS (Economic Community of West African States)

Euro-Mediterranean Study Commission (EuroMeSCo)

Europäische Kommission Brüssel

Freshfields Bruckhaus Deringer, Köln

Friedrich-Ebert-Stiftung

Fritz-Thyssen-Stiftung

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Gleiss Lutz, Brüssel

Haniel-Stiftung

Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung
Haver & Mailänder, Brüssel
Humboldt-Universität, Berlin
Hunton & Williams, Brüssel
Institut français des relations internationales (ifri)
Institut für das Recht der Netzwirtschaften, Informations- und Kommunikationstechnologie (IRNIK)
Internationale Weiterbildung und Entwicklung (InWent gGmbH)
Konrad-Adenauer-Stiftung
Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel
Loschelder Rechtsanwälte, Köln
Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, University of Malta
Middle East Technical University, Ankara
Norton Rose Fulbright LLP, Frankfurt
OECS (Organization of Eastern Caribbean States)
PricewaterhouseCoopers
SICA (El Sistema de la Integración Centroamericana)
Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Telefónica Germany
UEMOA, Union économique et Monétaire Ouest Africaine
UNED, Universidad Estatal a Distancia, Costa Rica
Universität Regensburg
University of West Indies
UNU–CRIS, United Nations University – Comparative Regional Integration Studies, Brügge
Verband der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten e. V. (VATM)
Vodafone
West Africa Institute, Praia, Kap Verde